

ifo Dresden berichtet 4/2006

Aktuelle Forschungsergebnisse

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2006/2007

3

Michael Berlemann, Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Nachdem die Wirtschaft Ostdeutschlands in den Jahren zuvor – zwar teilweise schwach aber doch stetig – gewachsen war, verfehlte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2005 den Vorjahreswert knapp um 0,1%. Für 2006 erwartet das ifo Institut wieder ein deutliches Wirtschaftswachstum. Auch für 2007 ist mit einem positiven Wirtschaftswachstum zu rechnen, wenn auch mit im Vergleich zu diesem Jahr etwas verminderter Stärke. Das Expansionstempo der sächsischen Wirtschaft hat sich im Jahr 2005 ebenfalls deutlich verlangsamt: das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist lediglich um 0,1% gestiegen. In diesem und im nächsten Jahr ist allerdings wieder mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen, dürfte dennoch in beiden Jahren angespannt bleiben.

Tarifbindung, Rententeilung und Konzessionsverträge als Einflussgrößen der Lohnhöhe in thüringischen Unternehmen

17

Frank Scharr

Die hohe Arbeitslosigkeit führt seit längerem zu der Forderung, die Lohnfindung und insbesondere das Tarifvertragssystem in Deutschland zu flexibilisieren. Inflexible Löhne können bei Marktunvollkommenheiten jedoch auch auf eine Rententeilung zwischen dem Unternehmen und seinen Beschäftigten zurückgehen. Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag Ergebnisse einer Untersuchung zur Lohnbildung in thüringischen Firmen zusammengefasst, die den Einfluss der Tarifbindung und der Rententeilung auf die Firmenlöhne zum Gegenstand hat.

Deutschlandprognose 2006/2007: Aufschwung geht weiter

24

Wolfgang Nierhaus

Die Konjunktur in Deutschland zeigt sich zur Jahresmitte 2006 gut in Form; der Aufschwung der Wirtschaft hat beträchtlich an Breite gewonnen. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im laufenden Jahr um 1,8% expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2%. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung aber aufgrund der starken endogenen Auftriebskräfte fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2007 um 1,7% steigen; kalenderbereinigt um 1,8%. Ohne die fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung würde sich das Wachstumstempo sogar auf gut 2% belaufen.

Im Blickpunkt

Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit: Gibt es Unterschiede zwischen Deutschen und Immigranten?

33

Beate Grundig und Carsten Pohl

In diesem Beitrag wird untersucht, inwiefern sich die Arbeitslosenquoten von Deutschen und Immigranten in Abhängigkeit ihrer Qualifikation voneinander unterscheiden. Der Vergleich der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten macht deutlich, dass nicht nur unter den Einheimischen sondern auch unter den Zugewanderten das Risiko der Arbeitslosigkeit bei den Hochqualifizierten am niedrigsten ausfällt. Ausländische Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss und solche mit Berufsabschluss unterliegen wie die Deutschen hingegen einem höheren Arbeitsmarktrisiko.

Daten und Prognosen

| | |
|---|----|
| Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich | 37 |
| Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest | 39 |

Aus der ifo Werkstatt

| | |
|---------------------|----|
| ifo Veranstaltungen | 43 |
| ifo Vorträge | 43 |

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2006/2007

Michael Berlemann, Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Im Rahmen des vorliegenden Artikels werden die Konjunkturprognosen des ifo Instituts für Ostdeutschland und Sachsen für die Jahre 2006 und 2007 vorgestellt. Etwa zwei Monate nach Veröffentlichung der letzten, vom ifo Institut im Dezember 2005 für Ostdeutschland und Sachsen vorgelegten Prognose wurde die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auch auf regionaler Ebene umgesetzt und erste Neuberechnungen des Bruttoinlandsprodukts veröffentlicht. Insbesondere aufgrund der massiven methodischen Veränderungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die nach alter Methodik berechneten Werte für das reale Bruttoinlandsprodukt mit den Neuberechnungen nicht mehr vergleichbar. Weil gleichzeitig seitdem weder für Ostdeutschland noch für Sachsen mehr Zahlen nach dem alten Rechenwerk veröffentlicht werden, können die regionalen Prognosen des ifo Instituts vom Dezember 2005 nicht mehr anhand der Realität überprüft werden. Da die Neuberechnungen der regionalen Gesamtrechnungen erst zu Beginn des laufenden Jahres abgeschlossen wurden, war eine frühere Anpassung der Prognosemethodik nicht möglich. Inzwischen wurden die notwendigen Anpassungen vorgenommen. Vor der Vorstellung der Prognosen für Ostdeutschland und Sachsen werden zunächst die Revision, die sich hieraus ergebenden numerischen Veränderungen und die vorgenommenen Änderungen in der Prognosemethodik kurz beleuchtet.

Revision der VGR und Anpassungsbedarf der Prognosemethodik

Die nationale und die regionalen Gesamtrechnungen wurden in den Jahren 2005 und 2006 in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend revidiert (vgl. hierzu BRAAKMANN et al. (2005) und SPEICH (2006)). Die Revision umfasste z. B. die Neuregelung der Berechnung und Behandlung von Bankdienstleistungen (FISIM), die Einbeziehung verschiedener neuer Ausgangsdaten in die Berechnungen sowie einige methodische Verbesserungen. Die im Hinblick auf die Erstellung von Prognosen bedeutendste Veränderung war allerdings der Übergang auf die Vorjahrespreisbasis bei der Deflationierung des Bruttoinlandsprodukts. Nach alter Methodik wurde das nominale Bruttoinlandsprodukt mit einem Laspeyres-Preisindex für ein festes Basisjahr (zuletzt: 1995)

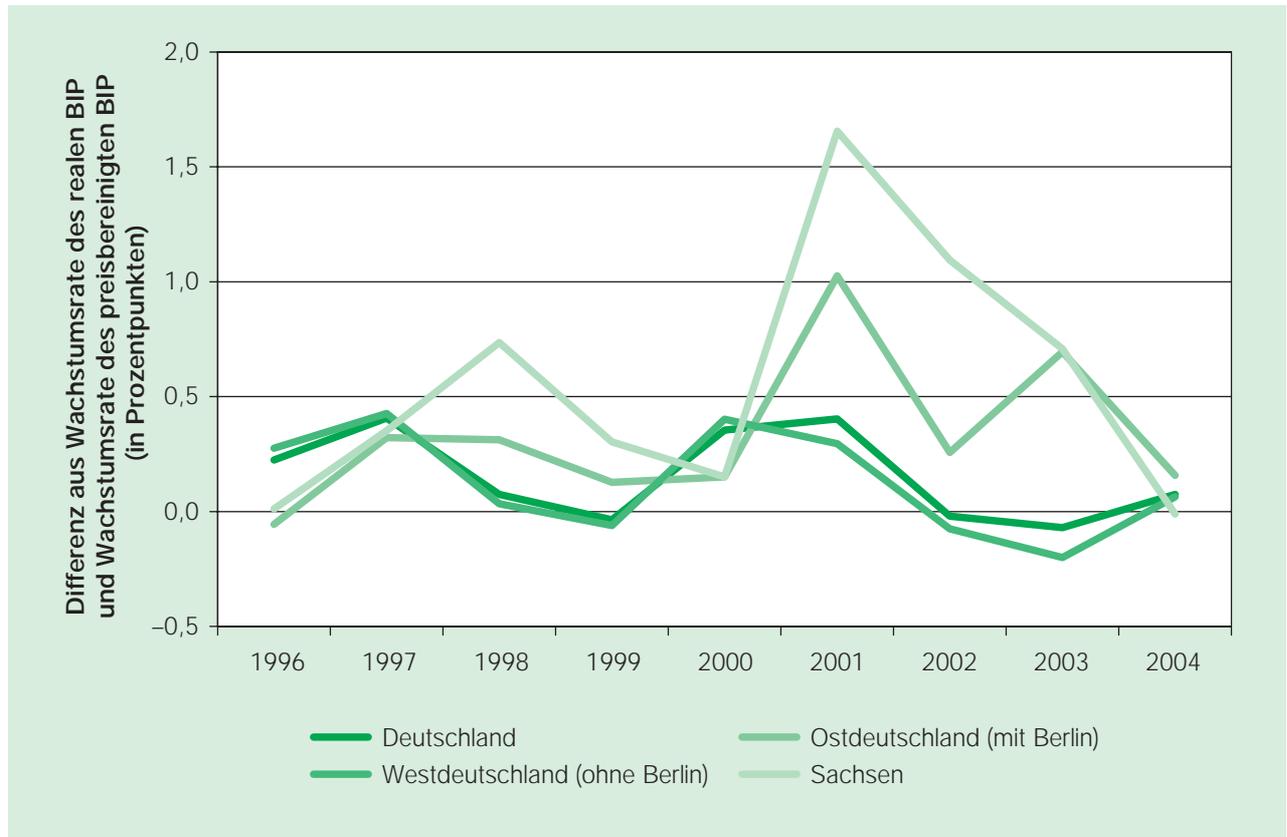
deflationiert, um so das reale Bruttoinlandsprodukt zu berechnen. Nach neuer Methodik wird das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des jeweiligen Vorjahres ausgewiesen. Um dieser neuen Vorgehensweise auch sprachlich Rechnung zu tragen, wird von der amtlichen Statistik in diesem Zusammenhang nun vom preisbereinigten statt vom realen Bruttoinlandsprodukt gesprochen. Diesem Vorgehen folgt auch das ifo Institut in seinen Prognosen für Ostdeutschland und Sachsen.

Zunächst wurde die Revision auf nationaler Ebene durchgeführt. Neuberechnungen auf Bundesebene wurden vom Statistischen Bundesamt erstmals im April 2005 veröffentlicht. Im Februar 2006 legte der Arbeitskreis VGR der Länder die Ergebnisse der Neuberechnungen auf Länderebene vor. Wie aus Abbildung 1 abzulesen ist, unterscheidet sich das Ergebnis für das reale und das neu berechnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt auf Bundesebene nur geringfügig vom früheren Bruttoinlandsprodukt. Das gleiche gilt für Westdeutschland (ohne Berlin). In Ostdeutschland insgesamt (inkl. Berlin) fällt das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts hingegen deutlich höher aus als das des realen. Insbesondere in den Jahren 2001 bis 2003 wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt um bis zu einen Prozentpunkt höher ausgewiesen als zuvor der des realen Bruttoinlandsprodukts. Noch deutlich stärker fielen die Revisionen in Sachsen aus. So liegt die Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Sachsen im Jahr 2001 nun um 1,7 Prozentpunkte über dem vor der Revision ausgewiesenen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts.

Vor dem Hintergrund der massiven methodischen Umstellungen und den daraus resultierenden Datenrevisionen war eine Anpassung der Prognosemethodik unvermeidbar. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird zwar prinzipiell nach dem gleichen dreistufigen Verfahren prognostiziert wie zuvor (vgl. hierzu Box 1). Da die Prognose für die beiden Prognosejahre (hier: 2006 und 2007) genauso wie die dann später veröffentlichten Zahlen nun aber in Preisen des Vorjahres ausgewiesen werden müssen, ist die Prognose für das Jahr 2006 gleichzeitig die Basis für die Prognose 2007. Auch den übrigen Neuerungen wurde adäquat Rechnung getragen.

* Dr. Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer, Beate Grundig und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter und Beate Schirwitz ist Doktorandin der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Differenz zwischen Wachstum des realen und des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 1996–2004



Quelle: AK VGR der Länder.

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

Nachdem die Wirtschaft Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) in den Jahren zuvor – zwar teilweise schwach aber doch stetig – gewachsen war, verfehlte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2005 den Vorjahreswert knapp um 0,1 % (vgl. Abb. 2).

Die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stagnierte dabei auf ihrem Vorjahresniveau. Positive Wachstumsimpulse kamen insbesondere aus den Sektoren Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, die allerdings durch die negative Entwicklung im Baugewerbe und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern kompensiert wurden (vgl. Abb. 3).

Die Zahl der Erwerbstätigen war in den letzten Jahren zumeist rückläufig. Im Vorjahr ging sie um 1,0 % zurück. Der einzige Wirtschaftsbereich, der in nennenswertem Umfang seine Erwerbstätigkeit ausweitete, war der der öffentlichen und privaten Dienstleister. Dies dürfte insbesondere auf die Einrichtung zahlreicher Ein-Euro-Jobs im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Reform zurückzuführen sein. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unterneh-

mensdienstleister blieb die Erwerbstätigkeit nahezu konstant, in allen anderen Bereichen ging sie hingegen zurück.

Für 2006 erwartet das ifo Institut wieder ein deutliches Wirtschaftswachstum. Die Stimmung in der ostdeutschen Wirtschaft hat sich seit Jahresbeginn kräftig verbessert. Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und seine Komponenten liegen erheblich über dem Vorjahresniveau und sind gegenwärtig so gut wie seit 10 Jahren nicht mehr (vgl. Abb. 4).

Auch für 2007 ist mit einem positiven Wirtschaftswachstum zu rechnen, wenn auch mit im Vergleich zu diesem Jahr etwas verminderter Stärke. Dieser Trend – eine relativ zum Vorjahr verbesserte Entwicklung in diesem und eine etwas abgebremste Dynamik im nächsten Jahr – spiegelt sich grundsätzlich auch in den im Folgenden näher betrachteten Wirtschaftsbereichen wider.

Das **verarbeitende Gewerbe** (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) ist in den letzten Jahren ein wichtiger Motor der ostdeutschen Wirtschaft gewesen. Dieser Bereich ist erneut mit positiven Umsatzentwicklungen in das aktuelle Jahr gestartet. Im ersten Quartal betrug das Umsatzwachstum im ostdeutschen Schnitt 13,6 %. Das niedrigste Wachstum musste dabei Berlin mit 6,4 % verbuchen, während Sachsen mit

Box 1: Prognoseverfahren

Bei der Prognose der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaftsentwicklung ist den folgenden Besonderheiten Rechnung zu tragen:

- Für die ostdeutschen Bundesländer stehen erst ab 1991 (zum Teil sogar erst etwas später) zuverlässige makroökonomische Eckdaten zur Verfügung.
- Aufgrund der starken Friktionen in Folge des Transformationsprozesses sind insbesondere die ersten Jahre der ostdeutschen Entwicklung von starker Volatilität geprägt gewesen. Die Zahl der zur Konjunkturprognose verwendbaren Datenpunkte verringert sich hierdurch zusätzlich.
- Viele Zeitreihen stehen nicht oder nur in geringerer Frequenz zur Verfügung als für Gesamtdeutschland.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme wird zur Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der ostdeutschen Bundesländer ein dreistufiges Verfahren angewendet. Die Prognose des sächsischen BIP erfolgt analog zur Prognose des ostdeutschen BIP.

In einem ersten Schritt wird das BIP Ostdeutschlands für die Jahre 2006 und 2007 mit Hilfe eines sog. „VGR-Modells“ geschätzt. Hierzu wird zunächst die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und der Produktivität mit einem mehrjährigen Trend fortgeschrieben. Anschließend wird mit diesen Größen die preisbereinigte erwartete zukünftige Bruttowertschöpfung ermittelt. Auch die Differenz aus Gütersteuern und Gütersubventionen (die unterstellten Bankdienstleistungen für die Wirtschaft sind im neuen Rechenwerk bereits in den Bruttowertschöpfungen der Wirtschaftszweige enthalten) wird mittels eines mehrjährigen Trends bestimmt und fließt dann in die Berechnung des erwarteten preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland ein. Ergebnis ist eine sog. „Trendprognose“.

In einem zweiten Schritt werden dann die Ergebnisse aus dem grundlegenden VGR-Modell mit Hilfe von sog. „ökonometrischen Satellitenmodellen“ verfeinert. Dabei wird ein Zwei-Säulen-Verfahren verfolgt: Zum einen werden Satellitenmodelle verwendet, um direkt Prognosen für die preisbereinigte Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche zu generieren. Derzeit existieren Satellitenmodelle zur Prognose der Bruttowertschöpfung in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe (einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden), Baugewerbe, Handel und Gastgewerbe. Diese Bruttowertschöpfungsprognosen werden dann in das grundlegende VGR-Modell eingearbeitet. Zum anderen werden mit Hilfe von weiteren Satellitenmodellen Beschäftigungsprognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche erstellt. Über die Fortschreibung der Produktivitätsentwicklung aus der Vergangenheit lassen sich dann weitere Prognosen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche generieren. Satellitenmodelle für die Beschäftigtenprognose existieren für alle Wirtschaftsbereiche. Auch diese werden in den grundlegenden VGR-Modellrahmen eingearbeitet. Im Ergebnis ergeben sich zwei so genannte „erweiterte Trendprognosen“ für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt.

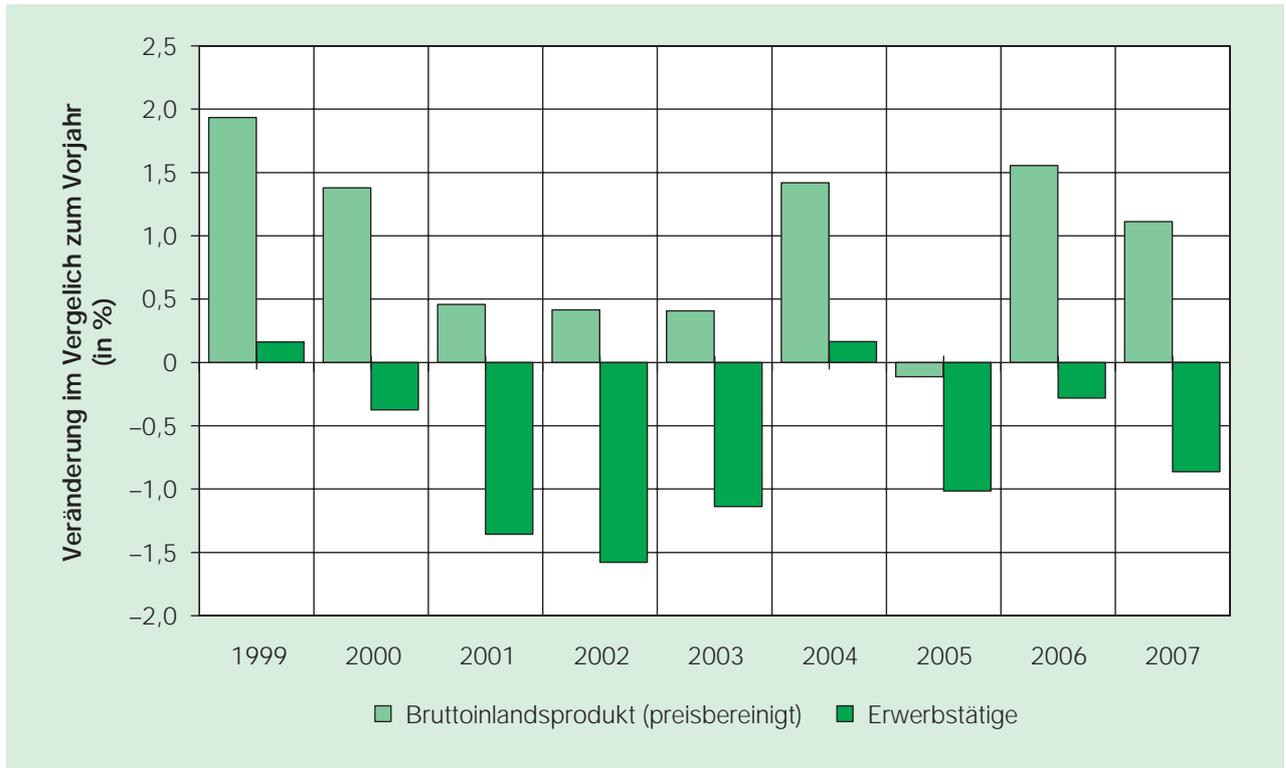
In einem dritten und abschließenden Schritt wird aus den beiden erweiterten Trendprognosen unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie in der ifo Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland zum Ausdruck kommen, zusätzlicher Informationen (z. B. über die Ansiedlung von neuen Betrieben, den Folgen der Flutkatastrophe etc.) und subjektiver Einschätzungen eine „Konsensprognose“ für die voraussichtliche Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung entwickelt.

22,6% die höchste Zunahme aufwies. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass die Entwicklung auch im weiteren Jahresverlauf und 2007 sehr günstig sein wird, auch wenn sich das Umsatzwachstum etwas verlangsamen wird. Zum Beispiel profitierten die Unternehmen in den ersten Monaten dieses Jahres von einigen zusätzlichen Arbeitstagen im Vergleich zu 2005. Im weiteren Jahresverlauf werden umgekehrt aber einige Arbeitstage fehlen. Auch die aktuelle gesamtwirtschaftlich starke Lage befördert derzeit deutlich die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe. Sie wird sich allerdings durch eine leichte Abschwächung der Weltwirtschaft und fiskalische Maß-

nahmen in Deutschland wie z. B. der Mehrwertsteuererhöhung 2007 ein wenig abkühlen. Nach einem Wachstum von 4,6% im Vorjahr prognostiziert das ifo Institut für dieses Jahr insgesamt eine Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) von 8,4% (vgl. Abb. 5). Im nächsten Jahr wird das Wachstum 6,2% betragen.

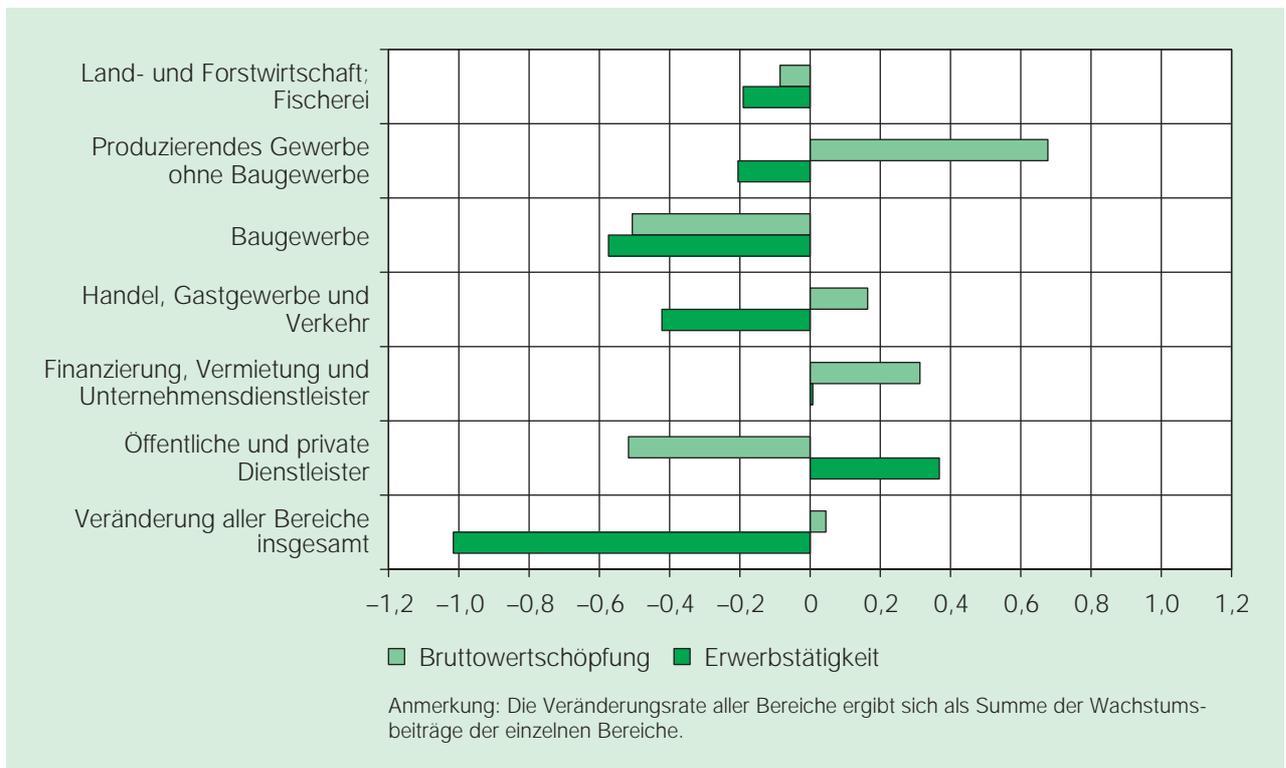
Das **Baugewerbe** hingegen hat in den letzten Jahren die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung deutlich gebremst. Im Bauboom der Wiedervereinigung wurden Überkapazitäten aufgebaut, die nach Abschluss wichtiger

Abbildung 2: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



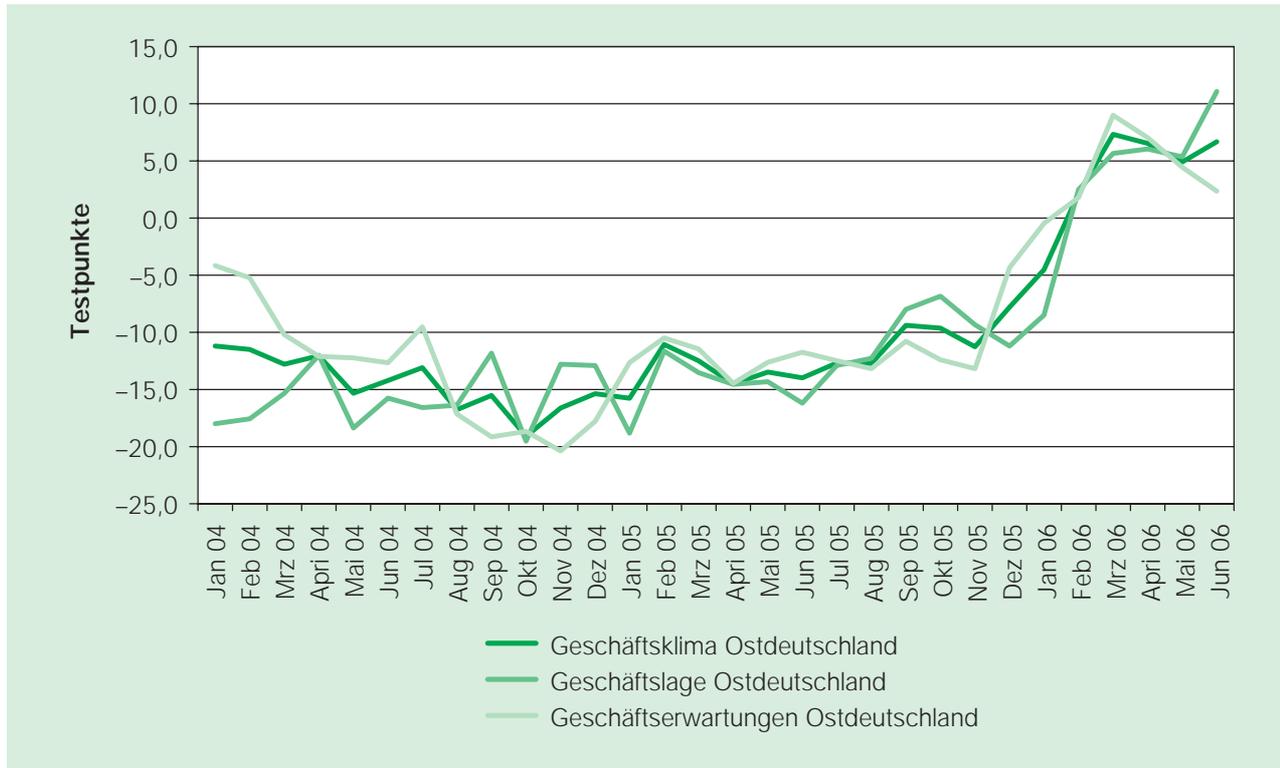
Quellen: AK VGR der Länder, AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 3: Wachstumsbeiträge der einzelnen Bereiche zur Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit aller Wirtschaftsbereiche 2005



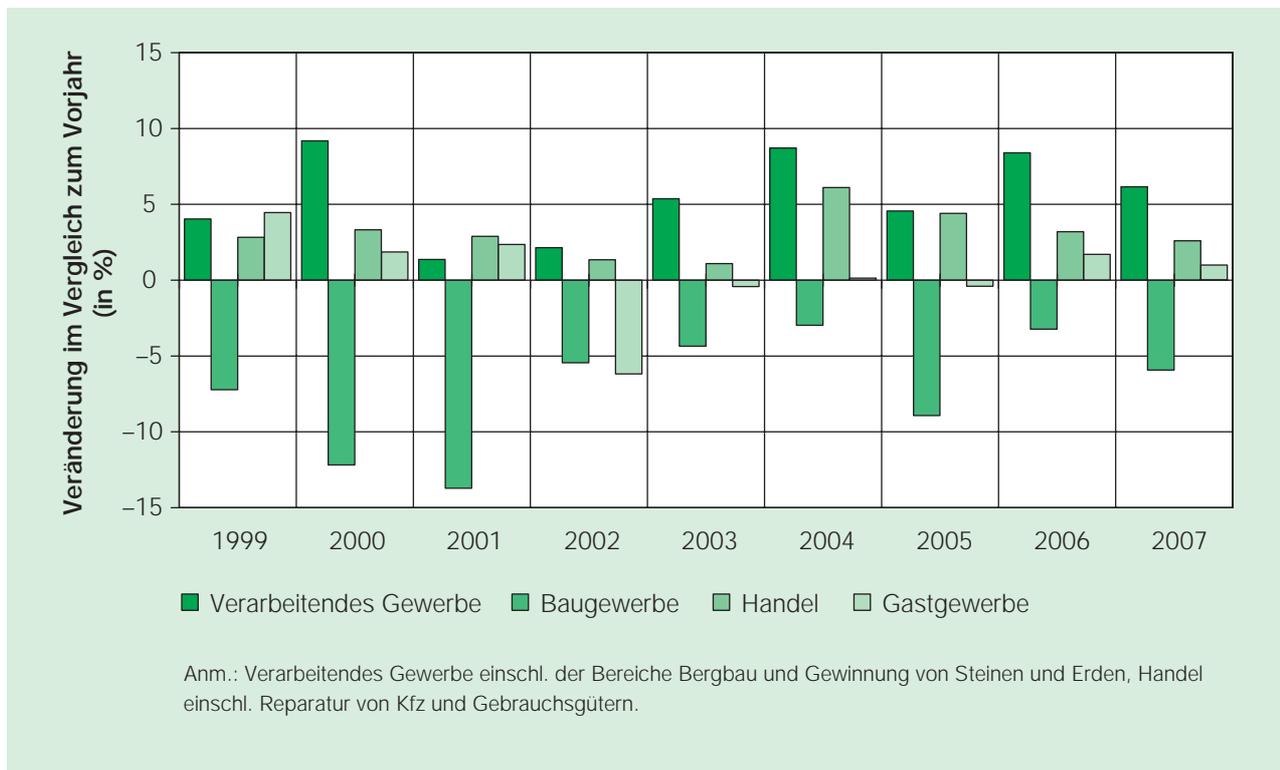
Quellen: AK VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Veränderung der nominalen Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: AK VGR der Länder, 2006 und 2007 (Handel und Gastgewerbe 2004 bis 2007); Prognose des ifo Instituts.

Infrastrukturmaßnahmen, städtebaulicher Restaurationen und der Schaffung zahlreicher Wohn- und Bürobauten auf Dauer nicht zu halten sind. Der Anteil des Baugewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) betrug 2005 in Ostdeutschland noch immer 5,1%, während es in Westdeutschland nur 3,6% waren. Der Großteil der Anpassung ist in den letzten Jahren bereits erfolgt, aber ganz ist dieser Prozess noch nicht zum Stillstand gekommen. Dies zeigt auch die Umsatzentwicklung im ersten Quartal des aktuellen Jahres. Während der Umsatz im Bauhauptgewerbe in Deutschland insgesamt um 1,9% zulegte, ging er in Ostdeutschland noch einmal um 9,7% zurück. In Mecklenburg-Vorpommern (-24,2%), Brandenburg (-19,4%) und Sachsen-Anhalt (-13,7%) lagen die Schrumpfungsraten noch über dem ostdeutschen Durchschnitt. Positive Entwicklungen werden hingegen von den Betrieben des Ausbaugewerbes gemeldet. Der Umsatz in diesem Wirtschaftszweig stieg in Ostdeutschland in den ersten drei Monaten 2006 um 2,8%. Insgesamt rechnet das ifo Institut für 2006 mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 3,2%. Im Jahresverlauf wird auch das Bauhauptgewerbe stärker vom allgemeinen Wirtschaftsaufschwung profitieren können und damit deutlich schwächer schrumpfen als noch 2005, als die Rate 8,9% betrug. Ein Indiz dafür sind auch die aktuellen Geschäftslagebeurteilungen aus diesem Bereich im ifo Konjunkturtest. Im nächsten Jahr wird sich der Rückgang allerdings noch einmal etwas beschleunigen und beträgt dann 5,9%.

Die Entwicklung im ostdeutschen **Handel** war in den ersten Monaten des Jahres 2006 uneinheitlich. Der Großhandel konnte von der positiven gesamtwirtschaftlichen Stimmung profitieren und steigerte im ersten Quartal seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,9%. Die Einzelhändler hingegen waren nur in Berlin in der Lage, ihren Umsatz etwas zu steigern, während in den anderen Bundesländern Rückgänge bis zu 2,8% zu verzeichnen waren. Im ostdeutschen Durchschnitt nahm der Einzelhandelsumsatz in dieser Zeit um 0,4% ab. Der Großhandel wird auch im Prognosezeitraum dank der weiterhin guten Entwicklung der Industrie seine Umsätze steigern können. Der Einzelhandel dürfte im weiteren Jahresverlauf noch eine Reihe von Impulsen erhalten, die auch in diesem Bereich 2006 insgesamt eine positive Umsatzentwicklung erwarten lassen. Dazu zählen die deutliche Zunahme des Konsumentenvertrauens in den letzten Monaten, die soeben zu Ende gegangene Fußballweltmeisterschaft in Deutschland und schließlich am Jahresende Vorzugseffekte aus der beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Im folgenden Jahr kann sich diese Entwicklung allerdings angesichts fehlender Sondereffekte bzw. zu erwartender

Kaufzurückhaltung nach der Steuererhöhung nicht in diesem Maße fortsetzen. Ausgehend von diesen Erwartungen, prognostiziert das ifo Institut für den ostdeutschen Handel insgesamt im aktuellen Jahr eine Zunahme der Bruttowertschöpfung um 3,2% und für 2007 einen Anstieg um 2,6%.

Im ersten Quartal 2006 mussten die ostdeutschen Gastwirte einen Umsatzrückgang um 1,8% hinnehmen. Mit rund 3% war der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt besonders ausgeprägt. Aber auch in den anderen Bundesländern wurden die Umsatzniveaus des Vorjahreszeitraumes verfehlt. Auch im **Gastgewerbe** deuten Indikatoren wie das Konsumentenvertrauen darauf hin, dass sich die Situation im Jahresverlauf verbessert. Die Fußballweltmeisterschaft bei hochsommerlicher Witterung dürfte in den letzten Monaten vor allem der Gastronomie Umsatzgewinne eingebracht haben. Insgesamt geht das ifo Institut davon aus, dass die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Gastgewerbe 2006 um 1,7% und 2007 noch einmal um 1,0% zunehmen wird.

Unter Einbeziehung der prognostizierten Entwicklung in den verbleibenden Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft rechnet das ifo Institut insgesamt mit einem Wachstum der **Bruttowertschöpfung** in allen Wirtschaftsbereichen um 1,9% in diesem und 1,4% im nächsten Jahr. Nach Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen ergibt sich damit eine Zunahme des **Bruttoinlandsprodukts** um 1,6 bzw. 1,1%. Allerdings wird sich dieses Wachstum nicht auf die ostdeutsche Erwerbstätigkeit insgesamt übertragen. Im ersten Quartal differierte die Entwicklung in diesem Bereich in den einzelnen Bundesländern. Während die **Erwerbstätigkeit** in Berlin (+0,4%), Sachsen-Anhalt (+0,5%) und Mecklenburg-Vorpommern (+0,2%) zunahm, ging sie in Brandenburg (-0,6%), Sachsen (-0,6%) und Thüringen (-1,0%) zurück. Nach der Prognose des ifo Instituts wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2006 in Ostdeutschland insgesamt um 0,3% und 2007 um 0,9% abnehmen. Im schrumpfenden Baugewerbe wird die Erwerbstätigkeit auch weiterhin in beträchtlichem Umfang zurückgehen. Auch im personalintensiven Handel wird die Zahl der Erwerbstätigen vermutlich sinken. Das stark wachsende verarbeitende Gewerbe hingegen ist sehr kapitalintensiv und kann zudem durch steigende Produktivität seine hohen Wachstumsraten auch ohne nennenswerte Ausweitung der Erwerbstätigkeit erreichen.

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Das Expansionstempo der sächsischen Wirtschaft hat sich im Jahr 2005 deutlich verlangsamt (vgl. Abb. 6).

Nach vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,1% gestiegen. Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm 2005 um 1,4% ab. In diesem und im nächsten Jahr ist allerdings wieder mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum zu rechnen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen, dürfte dennoch in beiden Jahren angespannt bleiben.

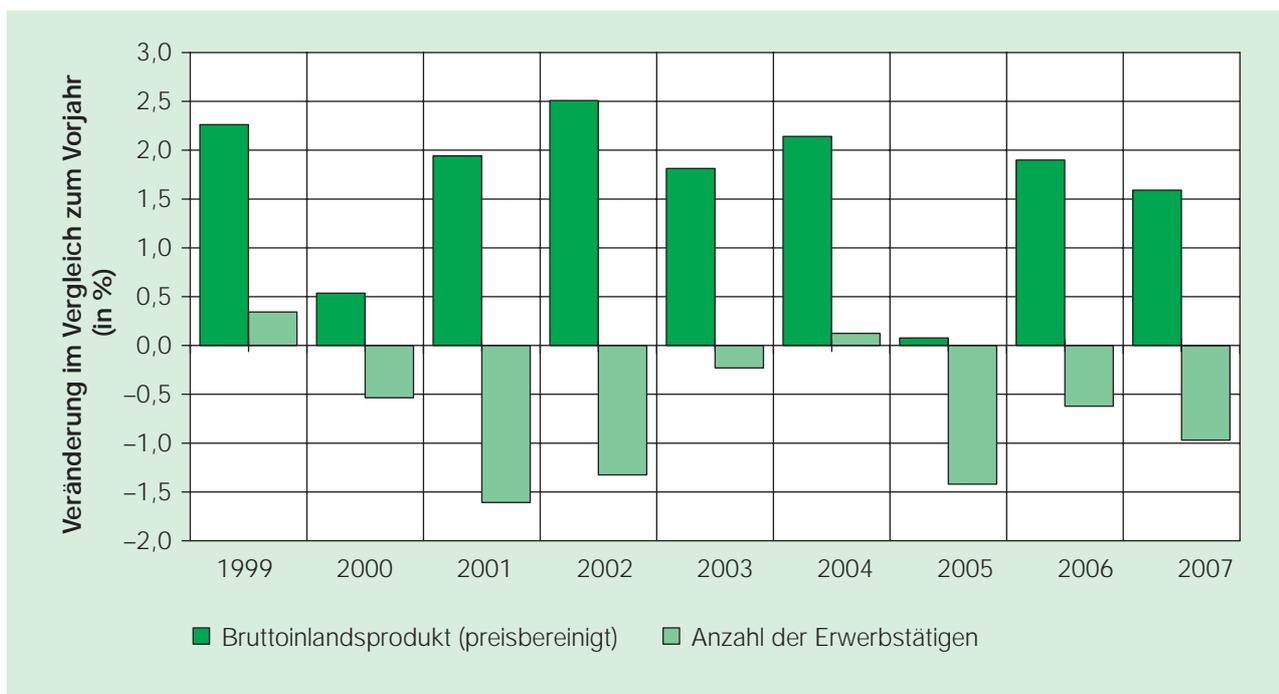
Zur Jahresmitte 2006 zeigt sich die sächsische Wirtschaft in einer sehr robusten Verfassung. Gegenwärtig beurteilen die am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft Sachsens ihre Geschäftslage so günstig wie noch nie zuvor seit Beginn der Auswertung in diesem Bundesland im Januar 1994. Der seit Sommer letzten Jahres bestehende Aufwärtstrend in den Geschäftslagebeurteilungen hat sich dabei sowohl im verarbeitenden Gewerbe, als auch im Bauhauptgewerbe und im Handel fortgesetzt (vgl. Abb. 7).

Im verarbeitenden Gewerbe Sachsens wird die Geschäftslage aktuell von rund 20% der Unternehmen per saldo als „gut“ bezeichnet. Die positiven Lageeinschätzungen spiegeln sich auch in den Daten der amtlichen Statistik wider. In den ersten vier Monaten des Jahres lagen der Umsatz und der Auftragseingang um 17,2% bzw. 23,3% über dem Niveau vor Jahresfrist. Ein überproportional starker Anstieg war im Auslandsumsatz der Bereiche Fahrzeugbau (+109,4%) und Maschinenbau

(+26,6%) zu verzeichnen. Zu den hohen Wachstumsraten dürfte unter anderem die Tatsache beigetragen haben, dass im ersten Quartal 2006 drei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als vor Jahresfrist. Außerdem war die Umsatzentwicklung in den ersten Monaten des Vorjahres – insbesondere im Fahrzeugbau – eher verhalten [vgl. GRUNDIG, SCHIRWITZ und VOGT (2006)], was die Berechnungsbasis verminderte. Der hohe Zuwachs im Fahrzeugbau steht vermutlich auch im Zusammenhang mit der Neuansiedlung von BMW in Leipzig. Seit dem Start der Serienproduktion im März 2005 sind dort über 100.000 Automobile der BMW 3er Reihe gefertigt worden [vgl. BMW (2006)].

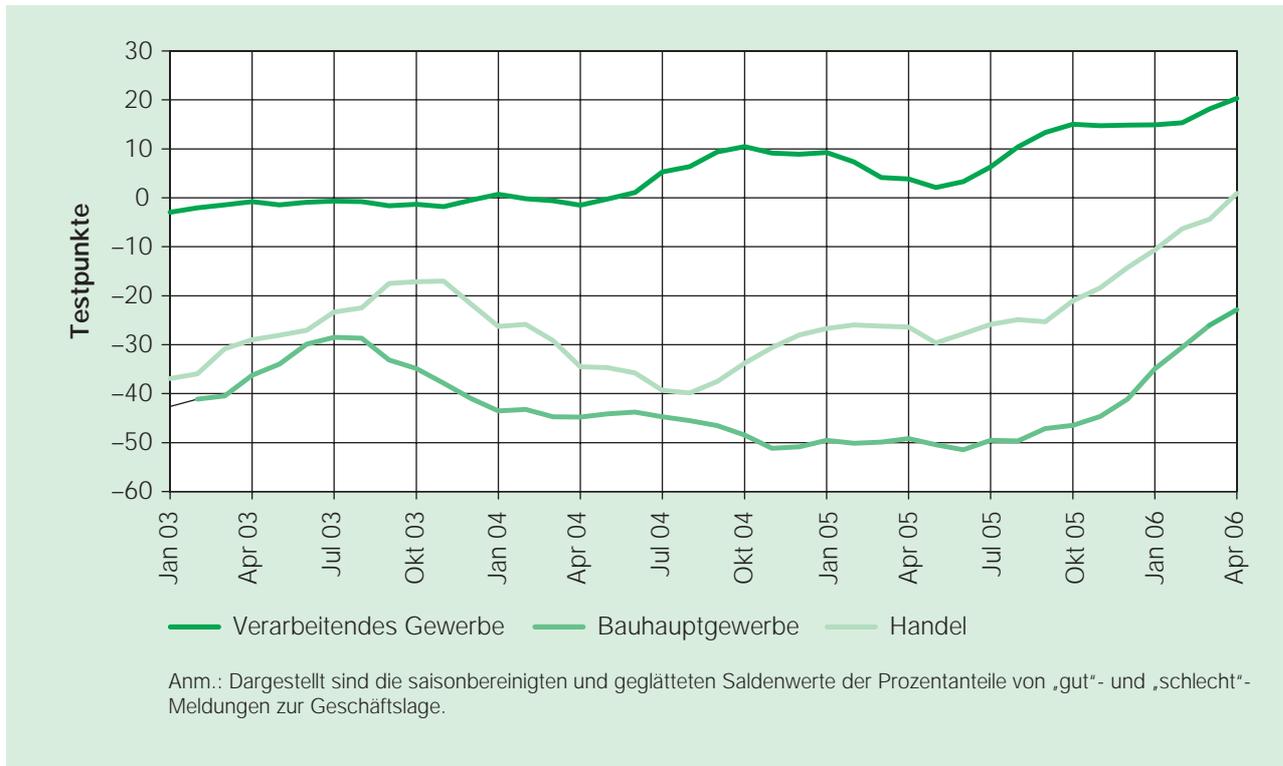
Ein weiterer Grund für das zu Jahresbeginn kräftige Wachstum von Umsatz und Auftragseingang ist in der insgesamt hohen Nachfrage nach Investitionsgütern zu sehen. Das verarbeitende Gewerbe Sachsens kann aufgrund seiner Struktur offenbar überdurchschnittlich stark vom Anstieg der gesamtdeutschen Ausrüstungsinvestitionen und der nach wie vor beträchtlichen Auslandsnachfrage profitieren. Tabelle 1 zeigt, dass der Umsatzanteil des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes in den einzelnen Regionen Deutschlands erheblich variiert. Im letzten Jahr erreichte das Investitionsgüter produzierende Gewerbe in Sachsen einen Umsatzanteil von 42,3%. Im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer lag dieser Anteil lediglich bei 27,2%.

Abbildung 6: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 7: Geschäftslagebeurteilungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Tabelle 1: Umsatzanteile der Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes im Vergleich

| | Deutschland | Ostdeutschland (mit Berlin) | Sachsen |
|--|-------------|-----------------------------|---------|
| Vorleistungsgüterproduzenten und Energie | 38,5 % | 40,7 % | 36,0 % |
| Investitionsgüterproduzenten | 40,6 % | 27,2 % | 42,3 % |
| Gebrauchsgüterproduzenten | 3,3 % | 3,1 % | 2,7 % |
| Verbrauchsgüterproduzenten | 17,7 % | 29,0 % | 19,0 % |
| Summe | 100,0 % | 100,0 % | 100,0 % |

Anmerkung: Basis für die Umsatzanteile ist der Umsatz nach fachlichen Betriebsteilen im Jahr 2005.

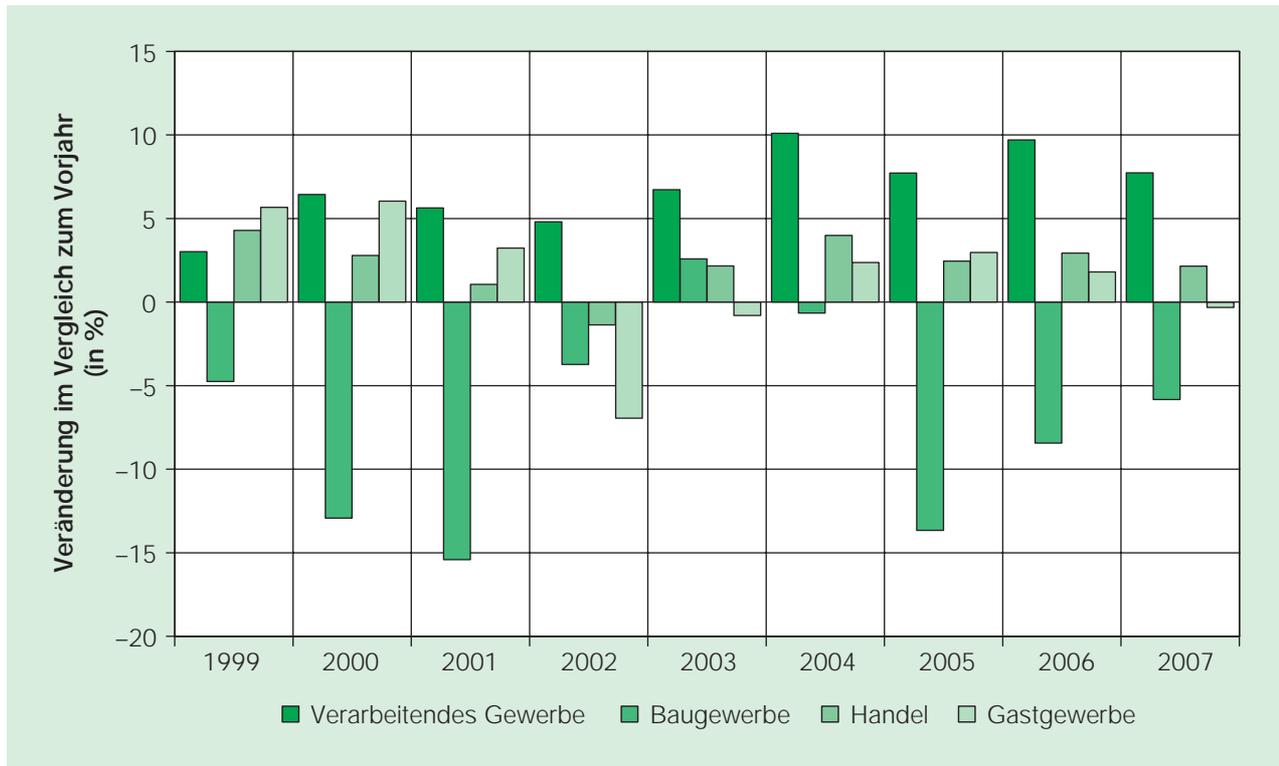
Quellen: Deutschland, Ostdeutschland (mit Berlin): Statistisches Bundesamt, FS 4, Reihe 4.1.1, Sachsen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Die in- und ausländische Nachfrage nach Investitionsgütern dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2006 unverändert hoch bleiben. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Belebung ist zudem auch in anderen Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes mit einer höheren Nachfrage zu rechnen. Unterstützend dürften sich ferner die geldpolitischen Rahmenbedingungen auswirken, die in der Eurozone weiterhin expansiv ausgerichtet sind (vgl. den Artikel von NIERHAUS in diesem Heft). Es ist daher davon auszugehen, dass sich der Umsatzanstieg im verarbei-

tenden Gewerbe Sachsens in den nächsten Monaten fortsetzt. Für das gesamte Jahr 2006 wird für das verarbeitende Gewerbe einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ein Umsatzwachstum von rund zwölf Prozent prognostiziert. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung wird voraussichtlich um 9,7 % steigen und damit den Zuwachs im Vorjahr übertreffen (vgl. Abb. 8).

Im **Bauhauptgewerbe** ist die Situation weiterhin angespannt. Die Baufirmen beurteilen ihre Geschäftslage

Abbildung 8: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, 2006 und 2007 (Handel und Gastgewerbe 2004 bis 2007); Prognose des ifo Instituts.

noch immer mehrheitlich mit „schlecht“. Der baugewerbliche Umsatz lag in den ersten vier Monaten des Jahres 2006 um 5,0 Prozent unter dem Niveau vor Jahresfrist. In den einzelnen Bausparten zeigten sich allerdings unterschiedliche Tendenzen. So wurde von den berichtspflichtigen Unternehmen im Tiefbau ein Rückgang von 11,3%, von den Hochbauunternehmen hingegen ein Zuwachs von 3,0% gemeldet. Der Zuwachs im Hochbau basierte im Wesentlichen auf einem kräftigen Umsatzanstieg im gewerblichen Hochbau (+17,5%). Hierfür dürften unter anderem der Aufbau des Luftfrachtzentrums von DHL am Leipziger Flughafen und die infolge eines Umsatzeinbruchs im Vorjahr stark verminderte Berechnungsbasis verantwortlich sein. Trotz der gegenwärtig feststellbaren Stabilisierung des Auftragseingangs ist in der zweiten Jahreshälfte noch nicht mit einer Trendwende in der Umsatzentwicklung des Bauhauptgewerbes zu rechnen. Der Umsatz wird im gesamten Jahr 2006 voraussichtlich in einer Größenordnung von fünf Prozent abnehmen.

Im **Ausbaugewerbe** war – korrespondierend zur Entwicklung im Hochbau – im ersten Quartal ein Umsatzanstieg zu verzeichnen (+6,4%). Ein überdurchschnittlich starker Zuwachs wurde von den Unternehmen im Bereich Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung erwirtschaftet (+13,0%). Aufgrund

der weiterhin hohen Energiekosten und der verbesserten staatlichen Förderung wird offenbar häufiger als im Vorjahr in Maßnahmen zur Wärmedämmung investiert. Über das gesamte Jahr 2006 betrachtet, dürfte das Ausbaugewerbe mit einem prognostizierten Umsatzrückgang von einem Prozent eine etwas günstigere Entwicklung erfahren als das Bauhauptgewerbe. Die Bruttowertschöpfung in den Bereichen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe dürfte preisbereinigt um 8,4% abnehmen.

Das Geschäftsklima im **Einzelhandel** hat sich seit Ende letzten Jahres erheblich verbessert. Zur Jahresmitte 2006 beurteilten die am ifo Konjunkturtest teilnehmenden sächsischen Einzelhandelsfirmen ihre Geschäftslage per saldo so gut wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. In den Umsatzdaten der amtlichen Statistik ist der Aufwärtstrend allerdings noch nicht feststellbar. Der Umsatz der berichtspflichtigen Einzelhandelsfirmen ist im ersten Quartal um 2,8% zurückgegangen. Die stärksten Umsatzeinbußen mussten erneut die Unternehmen im Facheinzelhandel hinnehmen (-8,5%). Im Bereich Einzelhandel auf Märkten, Einzelhandel vom Lager und Versandhandel konnte hingegen – vermutlich unterstützt vom prosperierenden Internethandel – ein kräftiges Umsatzplus erwirtschaftet werden (+11,8%). Nach dem allgemeinen Umsatzrückgang im ersten Quartal dürfte sich die Situation im zweiten Quartal – infolge der zunehmen-

den gesamtwirtschaftlichen Dynamik und der Fußball-Weltmeisterschaft – allerdings wieder stabilisiert haben. In den nächsten Monaten ist im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung auch in Sachsen mit verstärkten Käufen von langlebigen Konsumgütern zu rechnen. Über das gesamte Jahr 2006 betrachtet dürfte der Einzelhandelsumsatz in etwa auf dem Niveau des Vorjahres verharren.

Im **Großhandel** mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern zeigte sich – analog zur Situation im Einzelhandel – im ersten Quartal ein Umsatzrückgang (–9,1 %). Die Abnahme in diesem Bereich wurde allerdings von dem starken Anstieg in den produktionsnahen Bereichen überkompensiert. Von der positiven Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe konnten offenbar insbesondere der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Reststoffen (+25,4 %) und der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (+15,1 %) profitieren. Alles in allem nahm der Großhandelsumsatz im ersten Quartal um 6,7 % zu. Für das gesamte Jahr 2006 wird ein Umsatzwachstum von rund sechs Prozent prognostiziert. Die Bruttowertschöpfung im Aggregat Handel einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern dürfte preisbereinigt um 2,9 % zulegen.

Das **Gastgewerbe** konnte zu Beginn des Jahres 2006 nicht an die dynamische Entwicklung des Vorjahres anknüpfen. Der Umsatz der berichtspflichtigen Unternehmen ist im ersten Quartal um 3,1 % gesunken. Von dem Rückgang waren Hotels (–3,8 %) und Gaststätten (–2,9 %) etwa im gleichen Umfang betroffen. Mit dem Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft dürfte sich die Situation jedoch insbesondere am Spielort Leipzig spürbar verbessert haben. In den nächsten Monaten ist – der gesamtwirtschaftlichen Belebung folgend – wieder mit einem Anstieg des Umsatzes zu rechnen. Für das gesamte Jahr 2006 wird ein Umsatzzuwachs von rund zwei Prozent prognostiziert. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dürfte um 1,8 % zunehmen.

Alles in allem wird die in der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2006 erbrachte Bruttowertschöpfung preisbereinigt voraussichtlich um 2,2 % steigen. Für die zentrale Kennziffer der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt – prognostiziert das ifo Institut einen Zuwachs von 1,9 %. Die Anzahl der Erwerbstätigen dürfte trotz des Wachstums um 0,6 % zurückgehen. Sie ist – den aktuellen Ergebnissen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder zufolge – im ersten Quartal 2006 bereits um 0,6 % unter das Vorjahresniveau gesunken. Auch hier gilt – wie in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt –, dass die im Konsolidierungsprozess befindliche Baubranche immer noch mehr Arbeitsplätze verliert als in anderen Wirtschaftsbereichen geschaffen werden.

Im Jahr **2007** dürfte das preisbereinigte sächsische Bruttoinlandsprodukt erneut spürbar wachsen (+1,6 %), wenn auch etwas weniger stark als 2006. Die positiven Effekte, die von Seiten der Geldpolitik und der Auslandsnachfrage ausgehen, dürften sich etwas vermindern. Im sächsischen verarbeitenden Gewerbe ist daher mit einem niedrigeren Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung zu rechnen als im Vorjahr (+7,7 %). Trotz der Mehrwertsteuererhöhung wird der sächsische Handel auch im Jahr 2007 voraussichtlich wieder zulegen (+2,2 %). Das sächsische Gastgewerbe wird hingegen das Vorjahresniveau wahrscheinlich nicht ganz halten können (–0,3 %). Der Schrumpfungsprozess der sächsischen Bauwirtschaft dürfte sich im Jahr 2007 mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung von 5,8 % abgeschwächt fortsetzen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird voraussichtlich nochmals zurückgehen. Für das Jahr 2007 wird eine Abnahme von 1,0 % prognostiziert. Die Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen sind zusammenfassend in Tabelle 2 dargestellt.

Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2006

Der sächsische und der ostdeutsche Arbeitsmarkt haben sich im ersten Halbjahr 2006 im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit günstiger entwickelt als in den Vorjahren. So lag die **durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen** im ersten Halbjahr dieses Jahres knapp 6 % (Sachsen) bzw. 8 % (Ostdeutschland) unter dem Wert des Vorjahres, welcher durch die Hartz-IV-Reform auch den Höchststand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung darstellte. Trotz des niedrigsten Standes der Arbeitslosigkeit seit 2000 (Sachsen) bzw. 2001 (Ostdeutschland) sollte noch nicht von einer Entspannung am Arbeitsmarkt gesprochen werden. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Jahren zwar nicht wesentlich gestiegen, aber auch nicht wesentlich gesunken.

In Abbildung 9 ist die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im ersten Halbjahr für die Jahre 1991 bis 2006 dargestellt. Dabei wird deutlich, dass die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im ersten Halbjahr sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland seit 1998 um weniger als +/- 10 % um den diesjährigen Halbjahreswert schwankten. Die Entwicklung in den westdeutschen Bundesländern unterscheidet sich hingegen von der in Ostdeutschland deutlich. Während die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland seit 1998 auf einem relativ konstanten und hohen Niveau verharrt, ist die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zwischen 1997 und 2001 deutlich gesunken (–19,9 %). Seit 2001 hat die Arbeitslosigkeit allerdings auch wieder stark zugenommen: Zwischen 2001

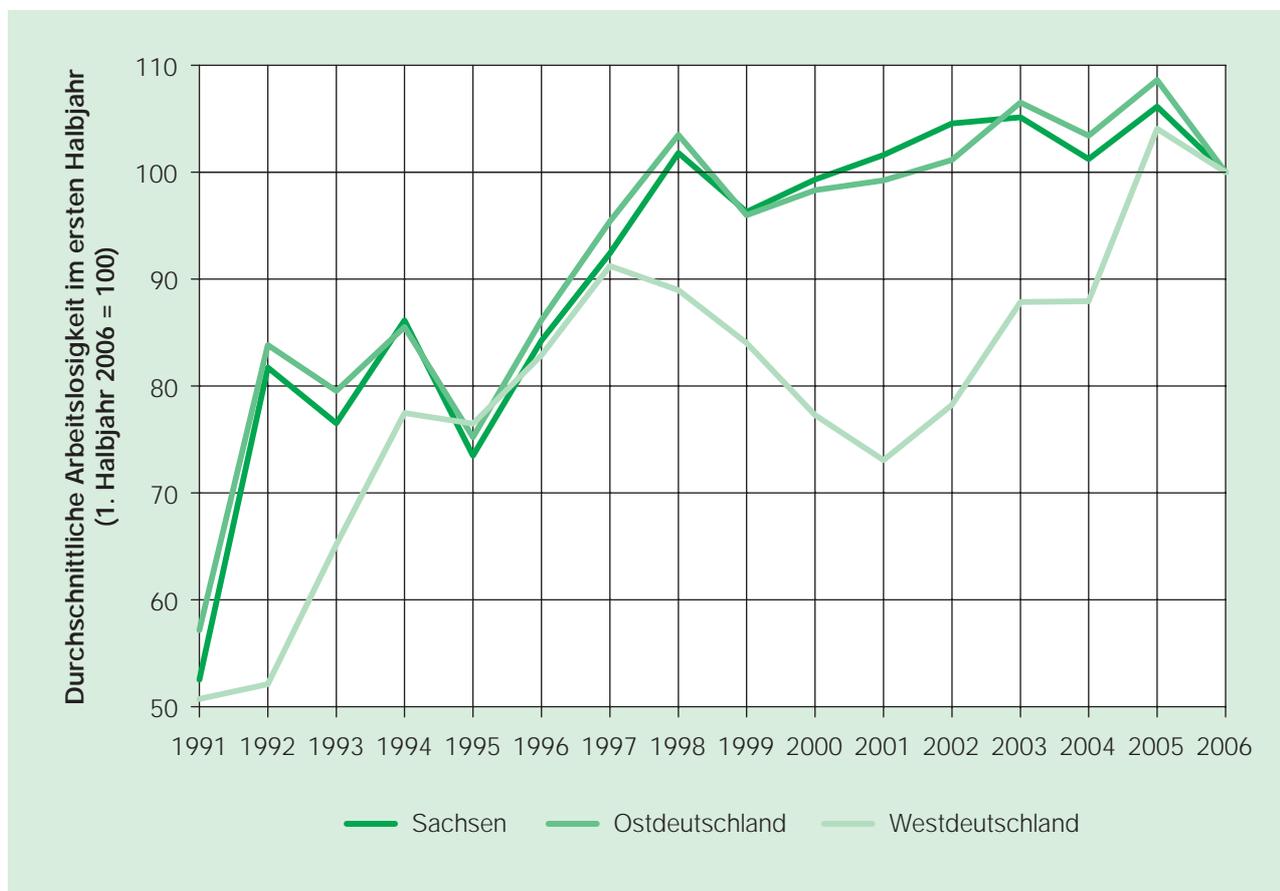
Tabelle 2: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen (Veränderungen zum Vorjahr in Prozent)

| | Ostdeutschland (mit Berlin) | | | Sachsen | | |
|--|--------------------------------|------|------|---------|------|------|
| | 2005 | 2006 | 2007 | 2005 | 2006 | 2007 |
| Bruttoinlandsprodukt ^a | -0,1 | 1,6 | 1,1 | 0,1 | 1,9 | 1,6 |
| Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ^a | 0,0 | 1,9 | 1,4 | 0,2 | 2,2 | 1,8 |
| Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes ^{a,b} | 4,6 | 8,4 | 6,2 | 7,7 | 9,7 | 7,7 |
| Bruttowertschöpfung des Baugewerbes ^a | -8,9 | -3,2 | -5,9 | -13,7 | -8,4 | -5,8 |
| Bruttowertschöpfung des Handels ^a | 4,4 | 3,2 | 2,6 | 2,5 | 2,9 | 2,2 |
| Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes ^a | -0,4 | 1,7 | 1,0 | 3,0 | 1,8 | -0,3 |
| Anzahl der Erwerbstätigen | -1,0 | -0,3 | -0,9 | -1,4 | -0,6 | -1,0 |

a) preisbereinigt. – b) Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen 2005: Arbeitskreis VGR der Länder und Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2006 und 2007 sowie Bruttowertschöpfung des Handels und der Gastgewerbes 2005: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 9: Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im ersten Halbjahr (1991 bis 2006)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

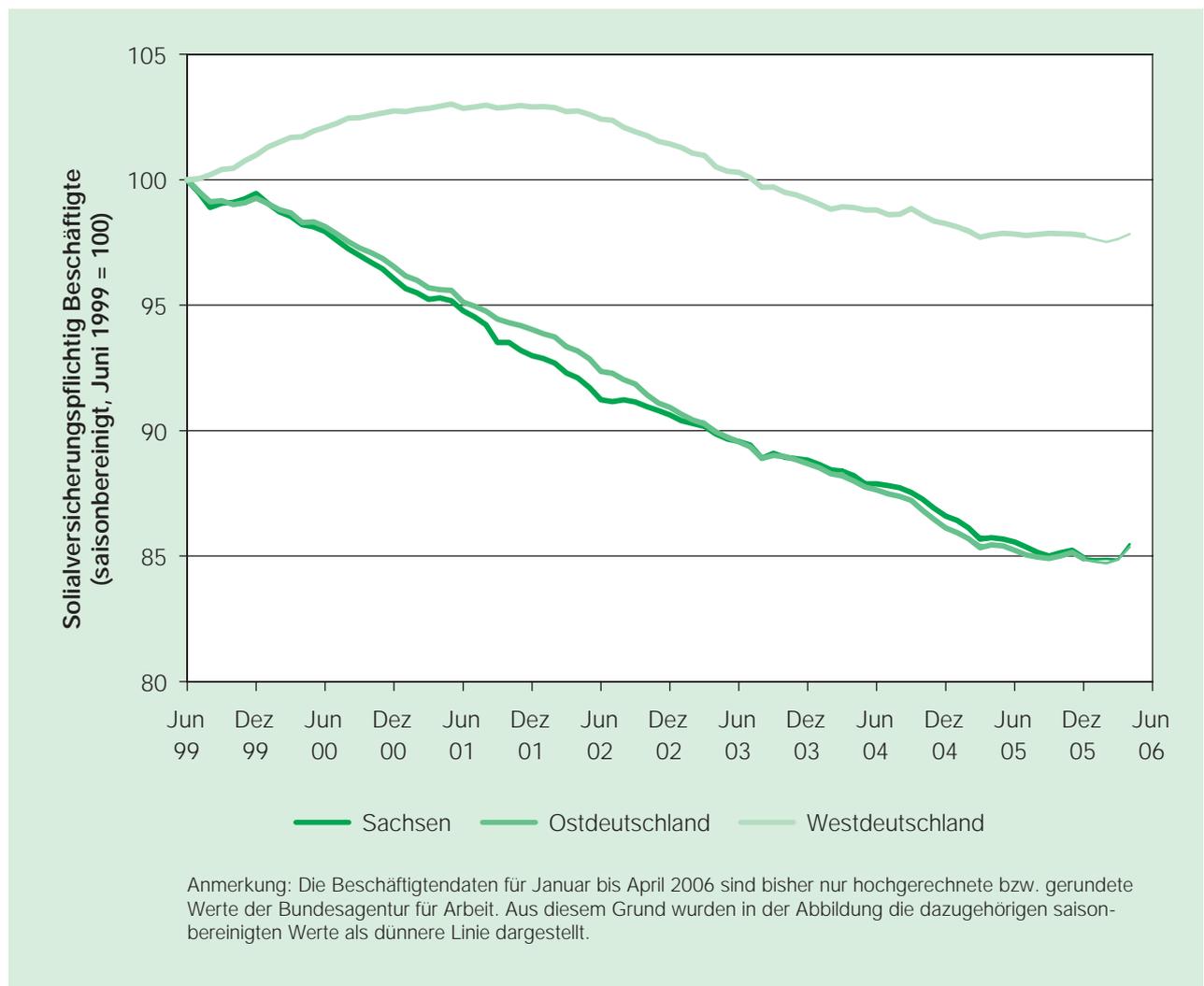
und dem bisherigen Höchststand 2005 ist die Arbeitslosigkeit um 42,4 % angestiegen.

Beschäftigung im ersten Halbjahr

Die vergleichsweise günstige Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit kann bisher nur ansatzweise auf der Beschäftigtenseite nachgewiesen werden. Im Vergleich zur Arbeitslosenstatistik, welche zeitnah zur Verfügung steht, weist die Beschäftigtenstatistik eine größere zeitliche Verzögerung auf. Weitgehend gesicherte Beschäftigten-daten liegen erst nach 6 Monaten vor, da diese erst mit zweimonatiger Verzögerung und dann auch die letzten vier Monate nur als Hochrechnung veröffentlicht werden. Der letzte gesicherte Wert liegt somit für Dezember 2005 vor, für die Monate Januar bis April 2006 nur hochgerechnete Werte.

Da die Beschäftigung starken saisonalen Einflüssen unterliegt, wurde in Abbildung 10 die **saisonbereinigte Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen (SV) Beschäftigung** in Sachsen, Ost- und Westdeutschland ab Juni 1999 dargestellt. Für Sachsen und Ostdeutschland kann festgehalten werden, dass sich seit Mitte des vergangenen Jahres die vorherige Abwärtsbewegung tendenziell in eine Seitwärtsentwicklung verändert hat. Am aktuellen Rand ist sogar ein vorsichtiger Anstieg der Beschäftigung zu erkennen, wobei diese saisonbereinigte Entwicklung – wie bereits gesagt – auf Hochrechnungen und Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit beruht. Die Beschäftigung in Sachsen und Ostdeutschland liegt ca. 15 % unter dem Wert vom Juni 1999. In den westdeutschen Bundesländern ist die Situation deutlich besser: Zwischen 1999 und 2001 ist die Beschäftigung angestiegen und erst seit 2002 ging diese vergleichsweise langsam zurück.

Abbildung 10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (Juni 1999 bis April 2006)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktpolitik in Sachsen

Im Gegensatz zur passiven Arbeitsmarktpolitik, welche im Wesentlichen die Aufgabe hat, Lohnersatzleistungen auszuzahlen, dient die **aktive Arbeitsmarktpolitik** in der Regel dazu, die Wiedereingliederung von Arbeitslosen bzw. speziellen Problemgruppen am Arbeitsmarkt zu erleichtern und damit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Im Folgenden wird deshalb ein kurzer Blick auf die aktuelle Situation bei der Arbeitsmarktpolitik geworfen. In Tabelle 3 wurden die durchschnittlichen Bestandszahlen in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowohl für das erste Quartal als auch für das erste Halbjahr dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr für Sachsen dargestellt. Da die Angaben für das zweite Quartal derzeit noch als vorläufig zu betrachten sind, ist auch der angegebene durchschnittliche Bestand im ersten Halbjahr mit Unsicherheit behaftet, wenngleich die Entwicklung im ersten Quartal in die gleiche Richtung wie im ersten Halbjahr zeigt. Insgesamt gesehen sind die Teilnehmerzahlen in den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den vergangenen Monaten im Vorjahresvergleich gesunken. Trotzdem haben die Geförderten noch einen Umfang von ca. einem Drittel der registrierten Arbeitslosigkeit.

Die Teilnehmerzahlen in **beruflicher Weiterbildung** sind in den vergangenen Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum relativ stark zurückgegangen, die Förde-

rung von abhängiger Beschäftigung allerdings weitaus stärker. Zur **Förderung von abhängiger Beschäftigung** zählen insbesondere Eingliederungs- und Einstellungszuschüsse aber auch Personal-Service-Agenturen. Die **Förderung von Selbstständigkeit** ist insgesamt gesehen konstant geblieben, wenngleich es Verschiebungen bei den einzelnen Instrumenten gegeben hat. Während es im ersten Halbjahr und im ersten Quartal gut ein Drittel weniger Geförderte mit Überbrückungsgeld gab, stieg die Zahl der Ich-AGs um rund 10 % an. Dieser Anstieg wird sich allerdings nicht fortsetzen, da die Ich-AG zum 30.06.2006 abgeschafft wurde und letztmalig im Juni dieses Jahres Neubewilligungen erteilt wurden, woraufhin die Zahl der Neugeförderten in Ich-AGs im Juni ca. doppelt so hoch war wie in den vorhergehenden Monaten. Die Instrumente zur Förderung der Selbstständigkeit werden künftig zum Gründerzuschuss für Arbeitslose zusammengelegt. Neben diesen Beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen gibt es sog. **Beschäftigung schaffende Maßnahmen**, wobei die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Arbeitsgelegenheiten mehr als 90 % der Geförderten ausmachen. Die Arbeitsgelegenheiten wurden Anfang des vergangenen Jahres im Zuge der Hartz-IV-Reform eingeführt und haben als Zielgruppe Empfänger von Arbeitslosengeld II. In Sachsen wurden im 1. Halbjahr 2006 für rund 27 Tsd. erwerbsfähige Hilfebedürftige Arbeitsgelegenheiten und knapp 8.700 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt.

Tabelle 3: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente in Sachsen

| | Bestand 1. Halbjahr 2006 | Vorjahres- vergleich | Bestand 1. Quartal 2006 | Vorjahres- vergleich |
|---|--------------------------------|-------------------------|-------------------------------|-------------------------|
| Berufliche Weiterbildung | 7.843 | -8,2 % | 7.674 | -16,4 % |
| Förderung abhängiger Beschäftigung | 11.214 | -23,0 % | 10.598 | -31,9 % |
| Förderung der Selbstständigkeit | 28.138 | 0,5 % | 28.672 | 2,7 % |
| dar. Überbrückungsgeld | 4.193 | -34,9 % | 4.207 | -38,1 % |
| dar. Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) | 23.414 | 9,3 % | 23.403 | 10,9 % |
| Beschäftigung schaffende Maßnahmen | 38.300 | 20,2 % | 36.843 | 21,8 % |
| dar. Arbeitsgelegenheiten | 27.451 | 160,8 % | 26.779 | 866,4 % |
| dar. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen | 8.662 | -31,6 % | 7.812 | -47,3 % |
| Summe | 135.066 | -6,1 % | 142.450 | -1,4 % |

Anmerkung: Durchschnittliche Bestände im 1. Halbjahr und 1. Quartal, Angaben für April bis Juni 2006 sind vorläufige Werte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Literatur

- BRAAKMANN, A. et al. (2005): Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, *Wirtschaft und Statistik* 5, 425–462.
- GRUNDIG, B., B. SCHIRWITZ und G. VOGT (2006): Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2005/2006, in: *ifo Dresden berichtet* 1/2006, 7–14.
- BMW (2006): BMW Niederlassung Leipzig Aktuell, Rekord in Leipzig: 100.000 3er BMW, http://www.bmw.de/de/partner/nl_leipzig/BMWGroup/aktuell/frameset_news.html (14.07.06).
- SPEICH, W.-D. (2006): Revision 2005 in den regionalen Gesamtrechnungen, in: *ifo Dresden berichtet* 2/2006, 33–41.

Tarifbindung, Rententeilung und Konzessionsverträge als Einflussgrößen der Lohnhöhe in thüringischen Unternehmen

Frank Scharr*

Die hohe Arbeitslosigkeit führt seit längerem zu der Forderung, die Lohnfindung und insbesondere das Tarifvertragssystem in Deutschland zu flexibilisieren. Inflexible Löhne können bei Marktunvollkommenheiten jedoch auch auf eine Rententeilung zwischen dem Unternehmen und seinen Beschäftigten zurückgehen. Im Folgenden werden vor diesem Hintergrund Ergebnisse einer Untersuchung zur Lohnbildung in thüringischen Firmen zusammengefasst, die den Einfluss der Tarifbindung und der Rententeilung auf die Firmenlöhne zum Gegenstand hat [vgl. SCHARR (2005)]. In dieser Untersuchung wird außerdem auf die Entlohnungseffekte von Konzessionsverträgen eingegangen, die einen viel diskutierten Ansatz zur Flexibilisierung der Lohnfindung in Deutschland darstellen. Die Untersuchung zeigt, dass die Flächentarifbindung und die betriebliche Rententeilung mit höheren Firmenlöhnen verbunden sind. Konzessionsverträge wirken sich tendenziell dämpfend auf die Firmenlohnhöhe aus.

Der Flächentarifvertrag steht seit Jahren in der Kritik. Das durchschnittliche Tariflohniveau gilt angesichts einer Zahl von über 4,4 Millionen registrierten Arbeitslosen als zu hoch. Die Flächentarife lassen – nach Ansicht der Kritiker – keine ausreichenden Spielräume für eine dem betrieblichen Leistungsvermögen entsprechende Lohn-differenzierung. Zudem habe die Praxis der Übertragung von Pilotabschlüssen auf andere Regionen und Branchen eine zu geringe regionale und sektorale Lohn-differenzierung zur Folge. Um institutionelle, durch die Tarifbindung verursachte Abweichungen der Löhne vom markträumenden Niveau zu reduzieren, wird empfohlen, die dezentralen Gestaltungsspielräume für die Lohnfindung zu erweitern [vgl. BERTHOLD und FEHN (1995), SINN (2001) und WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT (2003)].

Unterscheiden sich die Märkte von einer Welt des perfekten Wettbewerbs, können Lohnstarrheiten und damit verbundene Abweichungen des Lohnes vom Markträumungsniveau jedoch auch ganz unabhängig von Tarifverträgen und anderen institutionellen Eingriffen in den Arbeitsmarkt entstehen. Erklärungen für solche endogenen Lohnstarrheiten liefern nicht-kompetitive Arbeitstheorien. So können nach der Effizienzlohntheorie höhere Löhne bei unterschiedlichen Informationsgraden der Akteure produktivitätssteigernde Effekte haben. Dies begründet ein Eigeninteresse der Unternehmen an über dem Markträumungsniveau liegenden Löhnen. Nach der Insider-Outsider-Theorie können arbeitsverhältnisspezifische

Investitionen zur Folge haben, dass auch einzelne Beschäftigte über Verhandlungsmacht verfügen. Diese erlaubt es ihnen, an den Renten, d. h. den Extragewinnen, der Unternehmen zu partizipieren. Die Insider können ein höheres Lohnniveau durchzusetzen, ohne befürchten zu müssen, durch Outsider ersetzt zu werden. Empirische Untersuchungen deuten darauf hin, dass die endogen bedingte Lohnstarrheit in Volkswirtschaften mit dezentraler Lohnbildung stärker ausgeprägt sind als in Volkswirtschaften mit zentraler Lohnbildung [vgl. NICKELL (1999), S. 9]. Wenn dies zutrifft, führt eine Dezentralisierung der Lohnbildung nicht unbedingt zu flexibleren Löhnen.

Aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage wurden vor allem in Ostdeutschland schon früh Forderungen nach Öffnungsklauseln in Flächentarifverträgen laut. Firmen, die den Tariflohn nicht zahlen können, sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, die Lohnkosten zugunsten einer Beschäftigungssicherung zu reduzieren. Unter solchen beschäftigungsorientierten Konzessionsverträgen werden im Rahmen der vorliegenden Analyse implizite oder explizite Beschäftigungssicherungskontrakte und Arbeitnehmer-Erfolgsbeteiligungen verstanden [POHJOLA (1987)]. Diese sind durch eine simultane Festlegung des Lohn- und Beschäftigungsniveaus gekennzeichnet und können als effiziente Kontrakte interpretiert werden [MCDONALD und SOLOW (1981)]. Bislang wurden die Entlohnungseffekte beschäftigungsorientierter Konzessionsverträge – abgesehen von vereinzelt Untersuchungen zum Concession Bargaining in den USA – allerdings noch nicht mikroökonomisch untersucht.

Vor dem skizzierten Hintergrund werden hier folgende Fragen näher untersucht: In welchem Umfang gehen Abweichungen des Lohnes von einem flexiblen Referenzniveau auf die Flächentarifbindung oder auf eine dezentrale Rententeilung zurück? Dämpft oder verstärkt eine Flächentarifbindung die dezentrale Rententeilung? Führen beschäftigungsorientierte Konzessionsverträge zu einem geringeren Lohnniveau?

Zur Untersuchung dieser Fragen werden Lohnfunktionen ökonomisch geschätzt. Datengrundlage ist ein Firmendatensatz des ifo Instituts für das Bundesland Thüringen aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Bevor auf die Ergebnisse eingegangen wird, wird der

* Dr. Frank Scharr ist Referent in der Staatskanzlei Sachsen-Anhalts.

Erkenntnisstand zu den genannten Leitfragen kurz zusammengefasst.

Eine Teilung von Firmenrenten ist empirisch gut belegt

Viele Untersuchungen zeigen, dass die Lohnhöhe nicht nur durch angebotsseitige Faktoren (Qualifikation, Berufserfahrung, regionales Lohnniveau etc.), sondern auch durch nachfrageseitige, nicht-kompetitive Faktoren beeinflusst wird. So gibt es längerfristig stabile Zusammenhänge zwischen der Lohnhöhe und Indikatoren für betriebliche Renten oder Quasi-Renten (z. B. Pro-Kopf-Gewinn), die mit rein kompetitiven Arbeitsmarkttheorien nur schwer erklärbar sind [vgl. z. B. HILDRETH und OSWALD (1997)]. Dies spricht dafür, dass es auf dezentraler Ebene zu Rententeilungen kommt.

Zur Frage, ob die Tarifbindung einen dämpfenden Einfluss auf die dezentrale Rententeilung hat, liegen hingegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Für diese These sprechen u. a. Vergleiche von Ergebnissen internationaler Rent-Sharing-Analysen. Sie deuten darauf hin, dass die Rententeilung in Ländern mit dezentraler Lohnfindung größer als in Ländern mit höherem Zentralisierungsgrad der Lohnfindung ist [vgl. NICKELL (1999)]. Ergebnisse deutscher Untersuchungen zu den Entlohnungseffekten von Betriebsräten lassen vermuten, dass sich Betriebsräte in tarifgebundenen Firmen weniger stark auf umverteilende und stärker auf produktivitätssteigernde Aktivitäten konzentrieren als in tarifungebundenen Firmen [vgl. HÜBLER und JIRJAHN (2003)].

Zu den Entlohnungseffekten einer Tarifbindung von Unternehmen liegen keine eindeutigen Befunde vor

Zum Einfluss der Flächentarifbindung auf die Firmenlohnhöhe gibt es nur wenige Untersuchungen. Für niedersächsische Industriebetriebe liegen eine Reihe multivariater Analysen der Bestimmungsgründe der Firmenlohnhöhe vor, die auch die Tarifbindung als erklärende Variable der Lohnhöhe berücksichtigen. Diese Untersuchungen stellen für die zweite Hälfte der 1990er Jahre in der Mehrzahl kein signifikantes Lohndifferenzial der Tarifbindung fest [vgl. JIRJAHN und KLODT (1999)]. In einigen Untersuchungen wird ein Lohndifferenzial in der Größenordnung von 5 % bis 9 % ermittelt [vgl. KLODT (1999)].

Eine Studie, in der Lohnstarrheiten auf der Basis typischer Deformationen von Entgeltänderungsverteilungen analysiert werden, kommt hingegen zu dem Resultat,

dass in Westdeutschland fast die Hälfte der Arbeitnehmer von tarifvertraglich bedingten Lohnstarrheiten betroffen ist und dass die damit verbundene „Lohnaufschwemmung“ die Beschäftigungsentwicklung in erheblichem Umfang negativ beeinflusst [vgl. PFEIFFER (2003)]. Auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen deuten auf eine hohe Relevanz der Tarifverträge für Lohnstarrheiten hin [vgl. FRANZ und PFEIFFER (2001)].

Entlohnungseffekte von beschäftigungsorientierten Konzessionsverträgen nur unzureichend untersucht

Untersuchungen für die USA kommen zu dem Ergebnis, dass Konzessionsverträge vor allem in solchen Firmen vereinbart werden, die vor dem Abschluss der Verträge ein überdurchschnittlich hohes Lohnniveau aufwiesen [vgl. BELL (1995)]. Konzessionsverträge führen zwar zu einer Lohnminderung, haben aber nur eine Anpassung der Löhne an branchenübliche Verhältnisse zur Folge. Für Deutschland liegen keine entsprechenden ökonomischen Untersuchungen vor. Es gibt jedoch einige deskriptive Analysen zu den Vertragsinhalten von betrieblichen Bündnissen für Arbeit [vgl. MAUER und SEIFERT (2001)]. Sie zeigen, dass sich diese grundsätzlich auf ein breites Spektrum arbeitszeit- und entgeltbezogener Maßnahmen beziehen, dass aber arbeitszeitbezogene Maßnahmen dominieren. Entgeltbezogene Maßnahmen sind in Ostdeutschland jedoch stärker verbreitet als in Westdeutschland.

Auch zu den Entlohnungseffekten von Arbeitnehmer-Erfolgsbeteiligungen gibt es keine eindeutigen Ergebnisse. Teilweise wird kein Zusammenhang zwischen der Beteiligungskomponente und der Höhe der Gesamtentlohnung festgestellt [vgl. z. B. BRADLEY und ESTRIN (1992)]. In diesen Fällen ist es wahrscheinlich, dass Erfolgsbeteiligungen mit einer Absenkung fixer Lohnbestandteile verbunden sind und einen beschäftigungsfördernden Effekt haben. In anderen Studien wird jedoch festgestellt, dass die Gesamtentlohnung durch die Erfolgsbeteiligung steigt [vgl. CARSTENSEN, GERLACH und HÜBLER (1995)]. Dies lässt vorrangig anreizorientierte Motive für ihren Einsatz vermuten.

Ergebnisse der empirischen Analyse

Die empirische Untersuchung basiert auf einem Querschnittsdatensatz aus dem Jahr 1996 für thüringische Unternehmen, die zwischen 1990 und 1996 durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert wurden. Vorwiegend handelt es sich dabei um Unternehmen des verarbeitenden

Gewerbes und produktionsnaher Dienstleistungsbranchen. Diese Wirtschaftsbereiche können aufgrund der Förderkriterien der Gemeinschaftsaufgabe als Export-Basis-Sektor des Landes Thüringen interpretiert werden.

Im Zentrum der empirischen Untersuchung stand die Schätzung multivariater Lohnfunktionen mit dem Firmendurchschnittslohn als der zu erklärenden Variablen. Neben Indikatoren für die Höhe der Firmenrenten und die Anwendung von Flächentarif- und Konzessionsverträgen gehen als Kontrollvariablen 38 weitere erklärende Größen in diese Lohnfunktionen ein, darunter Variablen für die Qualifikation der Beschäftigten, die Betriebsgröße, das Alter der Firmen, die Kapitalintensität der Produktion sowie die Branchenzugehörigkeit [vgl. SCHARR (2005), S. 163ff.].

Lohnhöhe steigt mit der Höhe des Pro-Kopf-Gewinns

Verhandlungstheorien der Lohnbildung legen es nahe, Rententeilungsprozesse auf Firmenebene anhand eines Zusammenhangs zwischen der Lohnhöhe und dem Gewinn je Beschäftigten (Pro-Kopf-Gewinn) zu analysieren. Tabelle 1 zeigt, dass zwischen der Firmenlohnhöhe und der verfügbaren Proxy-Variablen für den Pro-Kopf-Gewinn eine enge und positive Beziehung besteht.

Die ökonometrische Analyse führt zu dem Ergebnis, dass zwischen diesen beiden Größen auch dann ein positiver und hoch signifikanter Zusammenhang besteht, wenn für andere Einflussgrößen der Firmenlohnhöhe „kontrolliert“ wird [vgl. SCHARR (2005), S. 181ff.]. Dieser Befund kann als Evidenz für eine dezentrale Rententeilung im Export-Basis-Sektor von Thüringen interpretiert werden. Er deutet auf endogene Lohnstarrheiten hin, d. h. auf Abweichungen vom Markträumungslohn, die auf der Firmenebene entstehen und somit auf das Eigeninteresse der betrieblichen Akteure zurückgehen.

Die geschätzte Elastizität des Lohnes in Bezug auf den Pro-Kopf-Gewinn ist mit 0,10 im internationalen Vergleich relativ hoch. Dies ist überraschend, da zu erwarten ist, dass die Insidermacht – die einen Grund für die Rententeilung darstellt – aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit

und der kleinbetrieblich geprägten Wirtschaftsstruktur in Thüringen gering ist. Eine Erklärung für die hohe Ertragsabhängigkeit der Entlohnung könnte sein, dass die Arbeitsverträge bei hoher regionaler Arbeitslosigkeit teilweise auch eine implizite Versicherungskomponente zur Verstetigung der Arbeitseinkommen enthalten, die mit einem Lohnabschlag verbunden ist. Zahlen die Arbeitnehmer vor allem in Firmen mit niedrigem Pro-Kopf-Gewinn einen solchen Lohnabschlag, um ihre Arbeitseinkommen zu verstetigen (bzw. um ihre Arbeitsplatzsicherheit zu erhöhen) und werden gleichzeitig in Firmen mit guter Ertragslage Extragewinne (Renten) geteilt, kann daraus bei der Betrachtung des gesamten Unternehmensspektrums eine hohe Ertragsabhängigkeit der Vergütungen resultieren.

Firmen mit Flächentarifverträgen zahlen höhere Löhne

Für die These, dass Flächentarifverträge höhere effektive Firmenlöhne nach sich ziehen, spricht insbesondere, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als Kartelle interpretiert werden können, die das Ziel verfolgen, ihren Mitgliedern Löhne über dem markträumenden Niveau zu garantieren (Gewerkschaften) bzw. den Wettbewerb am Arbeitsmarkt zu beschränken (Arbeitgeberverbände). Auf unvollkommenen Arbeitsmärkten können die Kollektivverhandlungsparteien jedoch auch effizienzfördernd und arbeitskostensenkend wirken, weil z. B. die Transaktionskosten der Lohnverhandlungen vermindert werden oder die Anpassung der Lohnverträge an geänderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen erleichtert wird. Ob die Tarifbindung einen lohn erhöhenden Effekt hat, muss daher empirisch geklärt werden.

Die vorrangig mit der Zielsetzung einer raschen innerdeutschen Lohnanpassung erfolgte Tariflohnpolitik führte in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu Tariflohnsteigerungen, die alle bislang bekannten Vergleichsmaßstäbe sprengten. Die Effektivlöhne nahmen zwischen 1990 und 1999 in fast allen Jahren langsamer als die Tariflöhne zu. Sie liegen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene seit 1993 unter dem Tariflohniveau.

Tabelle 1: Korrelation zwischen Entlohnungshöhe und Pro-Kopf-Gewinn^a

| | Teilsample Industrie | | Sample insgesamt | |
|-----------------------|----------------------|----------------|------------------|----------------|
| | Lohnhöhe (TDM) | Lohnspanne (%) | Lohnhöhe (TDM) | Lohnspanne (%) |
| Pro-Kopf-Gewinn (TDM) | 0,136** | 0,124** | 0,184** | 0,118** |

a) Pearson-Korrelationskoeffizient: ** steht bei einem zweiseitigen Test für Signifikanz auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: Scharr (2005, S. 145).

Die entstandene negative Lohnspanne ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Tariflohnpolitik in Ostdeutschland die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen erheblich überfordert hat. Die betriebliche Lohndifferenzierung musste überwiegend unterhalb der Flächentarife und damit vor allem außerhalb des Tarifvertragssystems erfolgen. Die rasche Tariflohnanpassung lässt erwarten, dass die Tarifverträge für die daran gebundenen Firmen einen lohnerhöhenden Effekt hatten.

In Bezug auf den untersuchten Export-Basis-Sektor in Thüringen ist zunächst festzustellen, dass nur 24 % der Firmen 1996 noch an einen Flächentarifvertrag gebunden waren. Wie Tabelle 2 zeigt, zahlten sie um 11,4 % höhere Löhne und wiesen eine um 4,7 Prozentpunkte höhere Lohnspanne auf als Firmen ohne Tarifbindung.

Um den Zusammenhang zwischen der Flächentarifbindung und der Lohnhöhe näher zu untersuchen, wurden Lohnfunktionen geschätzt, in die – neben den Kontrollvariablen – der Status der Flächentarifbindung einer Firma als erklärende Variable eingeht. Hierbei sind Selektionsprozesse zu beachten, da davon auszugehen ist, dass Firmen, die vergleichsweise hohe Nachteile haben, sich im außertariflichen Sektor konzentrieren. Die in der Tarifbindung verbleibenden Unternehmen weisen dann keine oder nur geringe Kostennachteile auf. Die für ein durchschnittlich strukturiertes Unternehmen geschätzte Lohnlücke der Flächentarifbindung beläuft sich auf ca. 20 % (vgl. Tab. 3).

Darüber hinaus kann gezeigt werden, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Firma an einen Flächentarifvertrag gebunden ist, mit der Höhe der Lohnlücke, d. h. mit dem firmenspezifischen Lohnkostennachteil der Flächentarifbindung, abnimmt [vgl. SCHARR (2005), S. 214]. Die beobachtete Bindung an Flächentarifverträge dürfte somit das Ergebnis eines Optimierungsprozesses sein, der durch den tarifvertraglich bedingten Kosteneffekt beeinflusst wird.

Insgesamt betrachtet wird die These der Existenz von flächentarifvertraglichen Lohnstarrheiten im Export-Basis-Sektor Thüringens durch die Analyse gestützt. Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass die Firmen auf die hohen Tariflohnsteigerungen reagiert haben. Durch Verbandsaustritte und Verbandsabstinenz wurden höhere tarifvertragliche Lohnstarrheiten verhindert.

Höhe der dezentralen Rententeilung unterscheidet sich nicht in Abhängigkeit von der Flächentarifbindung der Firmen

Die Bindung an Flächentarifverträge kann für die Firma den Vorteil haben, dass Verteilungskonflikte auf die überbetriebliche Ebene verlagert werden, so dass sich die betrieblichen Akteure stärker auf rentenschaffende statt auf rentenumverteilende Aktivitäten konzentrieren [vgl. JIRJAHN und KLODT (1999)]. Dadurch verringert die

Tabelle 2: Mittelwertvergleiche zum Entlohnungsverhalten^a

| | Lohnhöhe (TDM) | Lohnspanne (%) |
|---|----------------|----------------|
| Tarifgebundene Firmen insgesamt | 37,7** | -1,2 |
| Firmen mit Flächentarifbindung | 37,1** | -0,1 |
| Firmen mit Haustarifbindung | 40,7** | -4,5 |
| Referenzgruppe: Firmen ohne Tarifbindung | 33,3 | -4,8 |
| Firmen mit Konzessionsverträgen | 37,2** | -3,8 |
| Referenzgruppe: Firmen ohne Konzessionsverträge | 33,5 | -3,6 |

a) Bei einem zweiseitigen t-Test für Signifikanz des Mittelwertunterschiedes im Vergleich zur jeweiligen Referenzgruppe steht ** auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: Scharr (2005, S. 147).

Tabelle 3: Geschätzte Lohnlücke für eine durchschnittlich strukturierte Firma des Samples

| | Lohnlücke der Flächentarifbindung in % | Lohnlücke der Anwendung von Konzessionsverträgen in % |
|--|--|---|
| Durchschnittlich strukturierte Firma im Sample | 20,3 | -12,4 |

Quelle: Scharr (2005, S. 212 und 224).

Flächentarifbindung möglicherweise die dezentrale Rententeilung und die dadurch verursachten Lohnstarrheiten.

Wie oben ausgeführt, ist der Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Gewinn und der Lohnhöhe ein Indikator für die dezentrale Rententeilung. Mit den geschätzten Lohnfunktionen kann geprüft werden, ob sich dieser Zusammenhang in Abhängigkeit von der Flächentarifbindung der Firmen unterscheidet. Im Ergebnis konnte kein statistisch gesicherter Hinweis dafür gewonnen werden, dass die Rententeilung auf dezentraler Ebene stärker ausfällt, wenn Firmen nicht an Flächentarifverträge gebunden sind [vgl. SCHARR (2005), S. 217]. Die Firmen des thüringischen Export-Basis-Sektors, die aus dem Flächentarifvertrag ausgetreten sind, mussten die dadurch gewonnene Flexibilität somit nicht durch eine höhere dezentrale Rententeilung „erkaufen“.

Beschäftigungsorientierte Konzessionsverträge haben tendenziell lohndämpfenden Effekt

Im Rahmen von Verhandlungsmodellen der Lohnbildung kann gezeigt werden, dass eine Firma nur dann einen Anreiz zur Einführung von beschäftigungsorientierten Konzessionsverträgen hat, wenn diese mit einem geringeren Lohnsatz verbunden sind als ein einfacher Fixlohnkontrakt, den die Firma mit den Beschäftigten abschließen würde [vgl. SCHARR (2005), S. 55ff.]. Intuitiv kann dies damit begründet werden, dass die Firma durch die Vereinbarung eines bestimmten Beschäftigungsniveaus auf einen Handlungsparameter verzichtet. Sie wird dazu nur bereit sein, wenn an anderer Stelle (bei den Lohnkosten) ein Vorteil entsteht.

Unter beschäftigungsorientierten Konzessionsverträgen werden im Rahmen der empirischen Analyse implizite oder explizite Beschäftigungssicherungskontrakte und Arbeitnehmer-Erfolgsbeteiligungen verstanden. Fast ein Drittel der Firmen des thüringischen Export-Basis-Sektors (31 %) hat 1996 mindestens eine der genannten Lohnformen angewandt. Tabelle 2 zeigt, dass Firmen mit Konzessionsverträgen im Durchschnitt um 11,0 % höhere Löhne aufweisen. Da die Entlohnungsdifferenz auf zahlreiche Faktoren zurückgehen kann – Firmen mit Konzessionsverträgen sind z. B. im Durchschnitt deutlich größer als Firmen ohne Konzessionsverträge – kann wiederum nur eine ökonometrische Analyse nähere Einsichten vermitteln.

Analog zur Untersuchung des Lohneinflusses der Flächentarifbindung wurden in einem ersten Schritt Lohnfunktionen geschätzt, in die – neben den Kontrollvariablen – eine Statusvariable für Konzessionsverträge eingeht. Damit wird unterstellt, dass die Wahrscheinlichkeit, Konzessionsverträge anzuwenden, nicht von der

Lohnhöhe oder unbeobachteten Lohndeterminanten beeinflusst wird [vgl. SCHARR (2005), S. 196 ff., für eine detaillierte Darstellung]. Diese Schätzungen haben zum Ergebnis, dass Konzessionsverträge mit keinem gesicherten Lohndifferenzial verbunden sind, also nicht mit geringeren Firmenlöhnen eingehen. Korreliert die Anwendung von Konzessionsverträgen mit nicht beobachteten Lohneinflüssen, können die Schätzergebnisse jedoch durch Selektionsprozesse verzerrt sein. Um dem Rechnung zu tragen, wurden im zweiten Untersuchungsschritt wiederum Selektionskorrekturmodelle geschätzt [vgl. SCHARR (2005), S. 218ff.]. Aus diesen ergibt sich eine Lohnlücke für die Anwendung von Konzessionsverträgen in Höhe von –12 % (vgl. Tab. 3). Die Lohnlücke weist damit das erwartete negative Vorzeichen auf.

Die Unterschiede in den Ergebnissen können auf nicht beobachteten Lohneinflüssen beruhen: Möglicherweise werden Konzessionsverträge vorrangig von Firmen eingeführt, die aufgrund nicht beobachteter Sonderfaktoren (z. B. eine hohe tarifliche Eingruppierung der Beschäftigten) ein ex ante überdurchschnittliches Lohnniveau aufweisen. Die konzessionsvertragliche Lohnsenkung führt dann – wie dies auch in den USA beobachtet wurde – nur zu einer Lohnanpassung an das branchenübliche Niveau.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Konzessionsverträge im Export-Basis-Sektor Thüringens zur Lohnflexibilisierung beigetragen, dass sie jedoch nur moderate Entlohnungseffekte und insbesondere kein „Lohndumping“ unterhalb des branchenüblichen Niveaus zur Folge haben.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Vieles deutet darauf hin, dass der überwiegende Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht zyklischer sondern struktureller Natur ist [vgl. z. B. PFEIFFER (2003)]. Vor diesem Hintergrund kommt dem Abbau von Lohnrigiditäten eine Schlüsselstellung für die Verbesserung der Beschäftigungslage zu. Da sich die Arbeitsmärkte durch zahlreiche Unvollkommenheiten von einer Welt des perfekten Wettbewerbs unterscheiden, muss differenziert werden, ob Lohnrigiditäten effizienzfördernd wirken oder lediglich umverteilende Wirkungen zu Gunsten der bereits Beschäftigten und zu Lasten der Integration Arbeitssuchender haben. Letzteres ist zu erwarten, wenn Lohnstarrheiten auf Verhandlungsmacht in Lohnverhandlungen beruhen, sei es auf dezentraler Ebene oder auf der Ebene der Flächentarifverträge.

Da die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer auf Firmenebene durch hohe Arbeitslosigkeit vermindert wird, ist auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt eine höhere

Lohnflexibilität als in Westdeutschland zu erwarten. Zudem wird die Bedeutung tarifvertraglicher Restriktionen durch den höheren Verbreitungsgrad der außertariflichen Lohnfindung geschwächt. Aus den dargestellten Ergebnissen zur Firmenlohnbindung in den thüringischen Firmen ergeben sich weitere Indizien für einen relativ flexiblen Arbeitsmarkt: Beschäftigungsorientierte Konzessionsverträge sind relativ weit verbreitet und wirken tendenziell lohndämpfend. Die Disposition für eine Flächentarifbindung korreliert eng und negativ mit der firmenspezifischen tarifvertraglichen Lohnlücke.

Gleichwohl dürfte es zu einseitig sein, den nunmehr seit Mitte der neunziger Jahre bestehenden West-Ost-Lohnabstand von etwa 20 % als „echte Marktlösung“ zu interpretieren [vgl. PAQUÉ (2001)]. Vor allem zwei Gründe sprechen dafür, die Bedeutung der Tariflohnpolitik für den ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht zu unterschätzen: Zum einen sind noch immer mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte in Firmen beschäftigt, die entweder an Flächen- oder Haustarifverträge gebunden sind. Wird bedacht, dass auch noch im Jahr 2002 mehr als 80 % der tarifgebundenen Betriebe in Ostdeutschland keine übertarifliche Lohnspanne aufweisen [vgl. SCHNABEL (2003)] und damit keinen Puffer haben, der in Krisenzeiten eine flexible Anpassung der Arbeitskosten erlaubt, erscheint es wahrscheinlich, dass tarifbindungsbedingte Lohnrigiditäten weiterhin fortbestehen. Zum anderen dürften die Tariflöhne auch über die Beeinflussung der Lohnerwartungen und damit ganz unabhängig von der Tarifbindung der Unternehmen ein gewisses Gravitationszentrum für die Effektivlöhne sein [vgl. SCHLICHT (1992)].

Der Staat kann die Flexibilisierung der Lohnbindung durch Maßnahmen unterstützen, die auf eine Verminderung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer abzielen. Ansatzpunkte dazu gibt es vor allem dort, wo die ohnehin bestehenden Vorteile der Insider durch Regulierungen noch verstärkt werden [vgl. SESSELMEIER (2004)]. Zu denken ist beispielsweise an Maßnahmen zur Spreizung der qualifikatorischen Lohnstruktur, an die Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Verwirklichung des Lohnabstandsgebotes, an eine Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verbesserung des Integrationserfolgs und an eine Reform des Beschäftigungsschutzes.

Zur Flexibilisierung der Lohnbindung können unter anderen auch tarifrechtliche Veränderungen beitragen. So deuten die dargestellten Ergebnisse darauf hin, dass die Lohnflexibilität durch Maßnahmen zur Erleichterung von Konzessionsverträgen erhöht werden kann, sei es durch modifizierte Regelungen in den Tarifverträgen oder durch gesetzliche Maßnahmen. Die analysierten Zusammenhänge zwischen der Disposition zur Flächentarifbindung

und der firmenspezifischen Lohnlücke der Flächentarifbindung deuten darauf hin, dass Verbandsabstinenz und Verbandsaustritte zur Verringerung tarifvertraglicher Lohnrigiditäten beigetragen. Daher könnte erwogen werden, die Maximalfrist für die Nachwirkung des Tarifvertrages zu verkürzen. Durch die Wahrnehmung der Exit-Option wird Unzufriedenheit über die Tarifbedingungen signalisiert und die Außenseiterkonkurrenz für das Tarifvertragssystem verstärkt. Beides dürfte die Anreize für eine moderatere und differenziertere Tariflohnpolitik erhöhen.

Literatur

- BELL, L. A. (1995): Union Wage Concessions in the 1980s: The Importance of Firm-Specific Factors, *Industrial and Labor Relations Review* 48, 258–275.
- BERTHOLD, N. und R. FEHN (1995): Evolution von Lohnverhandlungssystemen – Macht oder ökonomisches Gesetz? Vortrag auf der Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik vom 21.–23. 3. 1995 in Stuttgart-Hohenheim zum Thema: Die Tarifpolitik auf dem Prüfstand, mimeo.
- BRADLEY, K. und S. ESTRIN (1992): Profit Sharing in the British Retail Sector: The Relative Performance of the John Lewis Partnership, *Journal of Industrial Economics* 40, 291–304.
- CARSTENSEN, V., K. GERLACH und O. HÜBLER (1992): Bestimmungsründe und betriebliche Wirkungen von Erfolgsbeteiligungen: Hypothesen und erste Ergebnisse einer Firmenstichprobe, in: R. Ertel u. J. Wagner (Hg.), *Produzieren in Niedersachsen: Empirische Untersuchungen mit Betriebsdaten*, Hannover, 115–145.
- FRANZ, W. und F. PFEIFFER (2001): Tarifbindung und die ökonomische Rationalität von Lohnrigiditäten, *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 01-01*, Mannheim.
- HILDRETH, A. K. G. und A. J. OSWALD (1997): Rent Sharing and Wages: Evidence from Company and Establishment Panels, *Journal of Labor Economics* 15, 318–337.
- HÜBLER, O. und U. JIRJAHN (2003): Works Councils and Collective Bargaining in Germany: The Impact on Productivity and Wages, *Scottish Journal of Political Economy* 50, 471–491.
- JIRJAHN, U. und T. KLODT (1999): Lohnhöhe, industrielle Beziehungen und Produktmärkte, in: L. Bellmann, S. Kohaut, M. Lahner (Hg.), *Zur Entwicklung von Lohn und Beschäftigung auf der Basis von Betriebs- und Unternehmensdaten*, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 220, Nürnberg, 27–54.
- KLODT, T. (1999): Produktmärkte, Rententeilung und betriebliche Lohnhöhe, mimeo.

- KOHAUT, S. und C. SCHNABEL (1999), Tarifbindung im Wandel, *iw-Trends* 2/1999, 63–80.
- MAUER A. und H. SEIFERT (2001): Betriebliche Beschäftigungs- und Wettbewerbsbündnisse – Strategie für Krisenbetriebe oder neue regelungspolitische Normalität? *WSI Mitteilungen* 8/2001, 490–499.
- MCDONALD, I. M. und R. M. SOLOW (1981): Wage Bargaining and Employment, *American Economic Review* 71, 896–909.
- NICKELL, S. (1999): Product Markets and Labour Markets, *Labour Economics* 6, 1–20.
- PAQUÉ, K.-H. (2001): Was ist anders am ostdeutschen Arbeitsmarkt? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, 407–423.
- PFEIFFER, F. (2003): Lohnrigiditäten im gemischten Lohnbildungssystem, Baden-Baden.
- POHJOLA, M. (1987): Profit Sharing, Collective Bargaining and Employment, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 143, 334–342.
- SCHARR, F. (2005): Tarifbindung, Rententeilung und Konzessionsverträge als Einflussgrößen der Lohnhöhe in Unternehmen. Eine Untersuchung mit Mikrodaten für thüringische Unternehmen, *ifo dresden studien* 39, München.
- SCHLICHT, E. (1992): Wage Generosity, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 148, 437–451.
- SCHNABEL, C. (2003): Tarifpolitik unter Reformdruck, *Gütersloh*.
- SESSELMEIER, W. (2004): Deregulierung und Reregulierung der Arbeitsmärkte im Lichte der Insider-Outsider-Theorie, *WSI-Mitteilungen* 3/2004, 125–130.
- SINN, H.-W. (2001): Beschäftigung im vereinigten Deutschland, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Berlin, 20. September 2000: Eröffnungsrede, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, 351–357.
- WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (2003): *Tarifautonomie auf dem Prüfstand*, Berlin.

Deutschlandprognose 2006/2007: Aufschwung geht weiter¹

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert; mit 111,0 liegt der Indikator deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Der jüngste Anstieg des Klimaindikatoren ging auf die besseren Urteile zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurück, die nun ein fünfjähriges Hoch erreicht haben. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind unverändert optimistisch. Die lange Zeit expansiv ausgerichtete Geldpolitik ist allerdings in den meisten westlichen Industrieländern gestrafft worden; die langfristigen Zinsen sind weltweit gestiegen. Von Inflations- und Zinsängsten getrieben, kam es seit Mai sogar zu merklichen Kurskorrekturen auf den zuvor haussierenden internationalen Aktienmärkten. Mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung in den Industrieländern ist im Prognosezeitraum aber nicht zu rechnen, zumal die Realzinsen immer noch recht niedrig sind und die Nachfrage aus den ölexportierenden Schwellenländern hoch bleibt.

In den USA hat sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt merklich beschleunigt; die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet 5,3 %. Maßgeblich hierfür waren die kräftige Zunahme der privaten Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und die Zunahme der Ausstattungsinvestitionen. Vom Außenbeitrag ging dagegen zum dritten Mal in Folge ein negativer Wachstumsbeitrag auf das BIP aus. Die Fed hat die monetären Zügel inzwischen merklich gestrafft. Seit Juni 2004 wurde der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) schrittweise um 425 Basispunkte auf 5,25 % angehoben. Auch China, die zweite Lokomotive der Weltkonjunktur, ist schwungvoll ins neue Jahr gestartet. Im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 10,2 %, das ist das höchste Tempo seit drei Jahren. In Japan hat sich die konjunkturelle Erholung, wenngleich etwas verlangsamt, fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,1 %. Zur Expansion trug allein die inländische Verwendung bei, der konjunkturelle Impuls der Veränderung des Außenbeitrags war sogar leicht negativ. In der europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die konjunkturelle Erholung weiter gefestigt, nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich

das Wachstumstempo im ersten Quartal 2006, gemessen an der laufenden Jahresrate, auf 2,4 %. Die inländische Verwendung zog recht kräftig an, befördert vor allem vom privaten Konsum. Der Export expandierte sogar sehr kräftig, getrieben von der letztjährigen Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner. Die Inflationsrate stieg im bisherigen Verlauf des Jahres ölpreisgetrieben bis auf 2,5 %; die Kerninflationsrate betrug in der Spitze hingegen lediglich 1,6 %. Die Arbeitslosenquote ist seit ihrem Höchststand im Jahr 2004 saisonbereinigt deutlich gesunken.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum weiter schwungvoll sein; sie wird sich jedoch allmählich etwas verlangsamen. Die Ertragslage der Unternehmen bleibt trotz leicht höherer langfristiger Zinsen günstig. Die Geldpolitik wird ihren Kurs noch weiter straffen, sie wirkt dabei jedoch insgesamt nicht restriktiv. In den USA dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt im Ausmaß der Trendwachstumsrate expandieren. Die Konsumdynamik dürfte sich allerdings etwas verlangsamen, da die Sparquote infolge der wohl geringeren Immobilienpreisdynamik etwas steigt. In Japan wird die konjunkturelle Dynamik hingegen schwungvoll bleiben. In den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung lebhaft fortsetzen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt weiter kräftig expandieren; in den übrigen Ländern der Region dürfte die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, hoch bleiben. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt spürbar steigen. Der Konsum dürfte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt anziehen. Die Investitionen werden sich merklich erhöhen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in der Welt im Jahr 2006 um etwa 5 % steigen, ehe es sich im Jahr 2007 leicht verlangsamt um 4 1/2 % erhöht. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 9 % und im nächsten Jahr um 7 1/2 % expandieren. Der Anstieg der Preise bleibt moderat. Die Prognose basiert auf der technischen Annahme, dass der Ölpreis um 65 US-Dollar je Barrel schwankt und der Euro-Wechselkurs bei etwa 1,25 US-Dollar liegt.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Ausblick Deutschland

Auch die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet: Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 % zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel auch auf Grund der größeren Zahl an Arbeitstagen das Wirtschaftswachstum mit 2,9 % sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück; der Preisanstieg war trotz des neuerlichen Höhenflugs der Ölnotierungen zuletzt nicht höher als am Jahresanfang.

Im zweiten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nach Schätzungen des ifo Instituts mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 1/2 % sogar beschleunigt gestiegen sein. Für diese günstige Einschätzung spricht die dynamische Entwicklung beim Auftragseingang in der Industrie. Der ifo Geschäftsklimaindex im verarbeitenden Gewerbe erreichte im Juni zudem einen neuen Höchststand. Zum siebten Mal in Folge besserten sich die Urteile zur aktuellen Geschäftslage, auch die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wurden günstiger als im Vormonat beurteilt. Den Testergebnissen zufolge zog die Nachfrage spürbar an, und die Auftragsbestände sind merklich gestiegen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Exportaussichten allerdings etwas weniger optimistisch als zuvor, bei den Produktionsplänen wird in leicht geringerem Umfang Expansion signalisiert.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2006 dürfte sich ein Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 1,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ergeben haben. Dabei hat der jüngste Höhenflug der Ölpreise allerdings erneut einen deutlichen Realeinkommensverlust bewirkt. Die Kaufkrafteinbuße zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder belief sich im ersten Halbjahr schätzungsweise auf knapp einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts.²

Alles in allem zeigt sich die Konjunktur zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwertsteuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8 % expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2 %.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

| | Gewicht | Bruttoinlandsprodukt ^a | | | Verbraucherpreise ^a | | | Arbeitslosenquote ^b | | |
|-----------------------|---------|--|------|------|--------------------------------|------|------|--------------------------------|------|------|
| | (BIP) | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | in % | | |
| | in % | 2005 | 2006 | 2007 | 2005 | 2006 | 2007 | 2005 | 2006 | 2007 |
| Industrieländer | | | | | | | | | | |
| EU 25 | 41,6 | 1,6 | 2,4 | 2,3 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 8,6 | 8,3 | 8,0 |
| Schweiz | 1,1 | 1,9 | 2,6 | 2,0 | 1,2 | 1,3 | 1,2 | 3,8 | 3,6 | 3,7 |
| Norwegen | 0,9 | 2,3 | 3,0 | 2,5 | 1,5 | 1,8 | 1,6 | 4,6 | 4,4 | 4,5 |
| West- u. Mitteleuropa | 43,7 | 1,6 | 2,4 | 2,3 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 8,5 | 8,2 | 7,9 |
| USA | 38,7 | 3,5 | 3,5 | 3,0 | 3,4 | 3,4 | 2,1 | 5,1 | 4,7 | 5,0 |
| Japan | 14,2 | 2,6 | 3,2 | 2,5 | -0,3 | 0,4 | 0,5 | 4,4 | 3,9 | 3,8 |
| Kanada | 3,5 | 2,9 | 3,2 | 3,0 | 2,2 | 2,1 | 1,9 | 6,8 | 6,4 | 6,2 |
| Industrieländer | 100 | 2,5 | 3,0 | 2,6 | 2,3 | 2,4 | 1,9 | 6,7 | 6,3 | 6,2 |

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. – b) Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen, gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2004.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnung des ifo Instituts, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

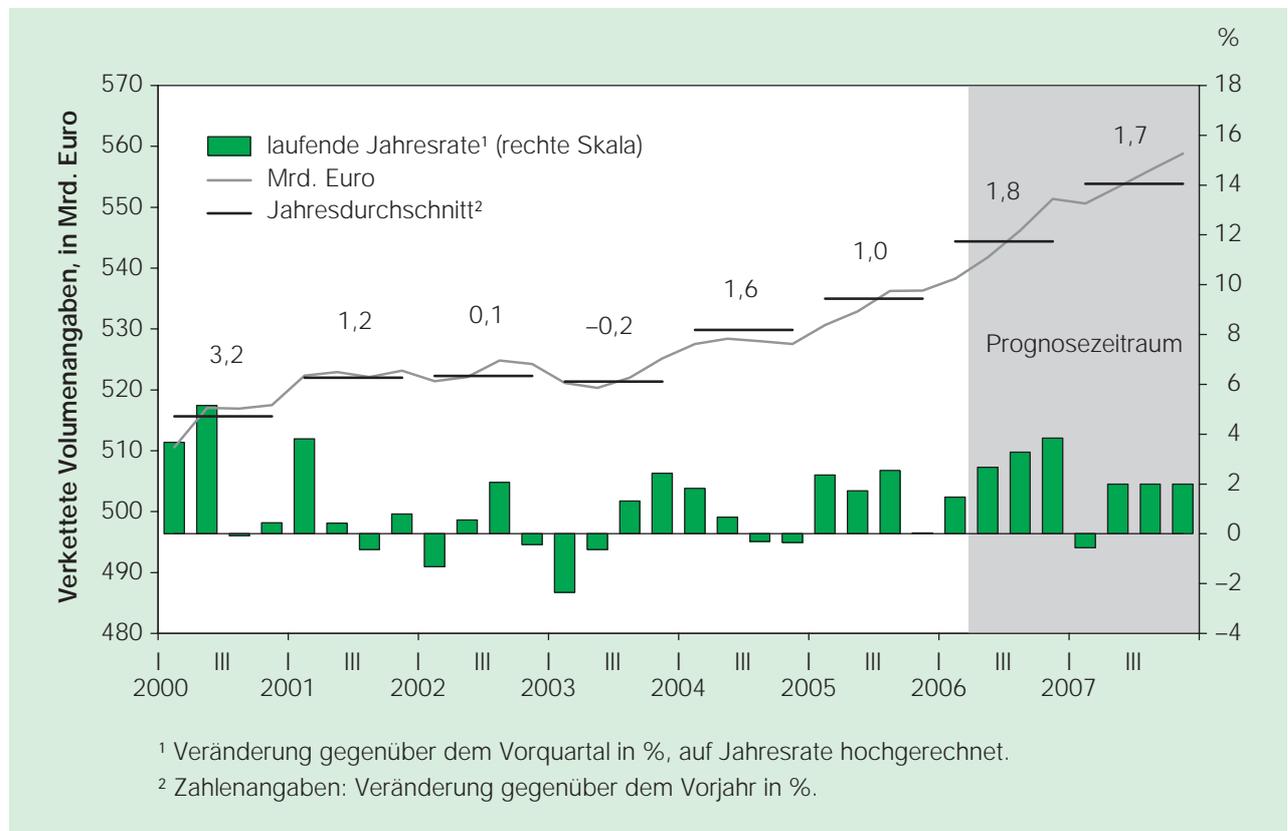
Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunktur­dynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen“ Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an.³ Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten finanzpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird sich im nächsten Jahr nicht abschwächen. Auch das Arbeitsvolumen wird leicht steigen. Außerdem dürfte der negative Effekt der Mehrwert-

steuererhöhung auf den Konsum nicht so groß sein wie von vielen befürchtet. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinken deshalb das permanente Einkommen und der Konsum weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen braucht der private Konsum trotz der Mehrwertsteuererhöhung und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen nicht zu sinken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7% steigen; kalenderbereinigt um 1,8%. Ohne die fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung würde sich das Wachstumstempo sogar auf gut 2% belaufen.

Die Prognose im Detail: Robuste Exportkonjunktur

Der Außenhandel startete in das Jahr 2006 außerordentlich dynamisch. Im ersten Quartal 2006 nahm die reale Ausfuhr um 4,6% gegenüber der Vorperiode zu und übertraf damit das Niveau des Vorjahres um 14,2%. Dabei

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, preisbereinigt (saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

profitierten die inländischen Exporteure insbesondere von der regen Nachfrage nach deutschen Produkten bei den europäischen Handelspartnern. So gewann die Warenausfuhr in die EU15-Länder beträchtlich an Fahrt. Auch die Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie die Warenausfuhr in die USA nahmen weiterhin deutlich zu. Zudem konnten die deutschen Exporteure nach einem schwachen vierten Quartal 2005 nun wieder vermehrt Produkte nach China, Russland und in die OPEC-Staaten absetzen.

Die Konjunktur in den Industrieländern und in wichtigen Schwellenländern bleibt vorerst kräftig, sodass die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten von

der Weltkonjunktur profitieren wird. Leicht bremsend hingegen wirkt die Aufwertung des Euro, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure beeinträchtigt. Für das kommende Jahr wird von einer leichten Abschwächung der Weltkonjunktur ausgegangen, sodass die Dynamik des Welthandels abnehmen dürfte. Allerdings wird jedoch keine weitere Aufwertung des Euro unterstellt. Da der Lohnanstieg in Deutschland im Vergleich zu der Lohnentwicklung in wichtigen Wettbewerbsländern moderat verlaufen dürfte und die Lohnnebenkosten sinken, wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure im Zeitablauf leicht verbessern. Stützend wirkt zudem die weiterhin robuste

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

| | 2004 | 2005 | 2006 ¹ | 2007 ¹ |
|---|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a | | | | |
| Private Konsumausgaben | 0,6 | 0,2 | 0,9 | 0,1 |
| Konsumausgaben des Staates | -1,6 | 0,1 | 0,2 | 0,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -0,2 | -0,2 | 3,0 | 3,6 |
| Ausrüstungen | 2,6 | 4,0 | 5,5 | 6,5 |
| Bauten | -2,3 | -3,4 | 1,0 | 1,2 |
| Sonstige Anlagen | 1,8 | 1,8 | 4,5 | 5,5 |
| Inländische Verwendung | 0,6 | 0,4 | 1,1 | 1,0 |
| Exporte | 9,3 | 6,3 | 9,6 | 7,7 |
| Importe | 7,0 | 5,3 | 8,9 | 6,8 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 1,6 | 1,0 | 1,8 | 1,7 |
| Erwerbstätige ^b (1.000 Personen) | 38.868 | 38.783 | 38.832 | 39.007 |
| Arbeitslose (1.000 Personen) | 4.381 | 4.861 | 4.601 | 4.451 |
| Arbeitslosenquote ^c (in %) | 10,2 | 11,2 | 10,6 | 10,3 |
| Verbraucherpreise ^d | | | | |
| (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,6 | 2,0 | 1,8 | 2,5 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^e | | | | |
| in Mrd. EUR | -81,2 | -74,5 | -61,1 | -43,3 |
| in % des Bruttoinlandsprodukts | -3,7 | -3,3 | -2,7 | -1,8 |
| nachrichtlich: | | | | |
| Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum | | | | |
| (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 2,1 | 1,3 | 2,2 | 2,1 |
| Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f | | | | |
| (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 2,1 | 2,2 | 2,3 | 2,2 |

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (VPI). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Konjunktur im Euroraum. Alles in allem wird in diesem Jahr mit einem Exportwachstum von 9,6 % und im nächsten Jahr von 7,7 % gerechnet.

Ebenso dynamisch wie die Ausfuhr entwickelte sich die Einfuhr zu Beginn des Jahres. Die reale Einfuhr nahm um 4,5 % gegenüber der Vorperiode zu und lag damit um 16,2 % über dem Niveau des Vorjahres. Die hohe Einfuhrfähigkeit ist zu einem Teil auf den ungewöhnlich kalten Winter zurückzuführen. So mussten wegen der Kälte mehr Brennstoffezeugnisse zum Heizen eingeführt werden. Insbesondere die nominale Wareneinfuhr aus Russland und aus den OPEC-Staaten stieg im ersten Quartal stark an, was die große Energienachfrage sowie den Ölpreisanstieg widerspiegelt. Zum anderen zog auch die höhere Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft vermehrt Importe an.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird auch die Importnachfrage weiter ansteigen. Zusätzliche Impulse auf die Einfuhr dürften durch das Vorziehen von Konsumgüterkäufen infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer zum Beginn 2007 ausgehen. Für das Jahr 2006 wird daher ein Zuwachs bei den Importen von 8,9 % erwartet. Bei anhaltend guter Konjunktur wird im Jahr 2007 mit einem Importanstieg von 6,8 % gerechnet. Der Außenbeitrag wird in diesem und im nächsten Jahr einen 3/4 Prozentpunkt zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen.

Die Ausfuhrpreise stiegen im vergangenen Jahr trotz anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft nur um 0,7 % im Jahresdurchschnitt an. Der Preisauftrieb beschleunigte sich jedoch leicht zum Jahresbeginn 2006. Die Ausfuhrpreise nahmen im ersten Quartal um 1,3 % im Vorjahresvergleich zu. Die höheren Energiekosten schlagen sich trotz hohen internationalen Wettbewerbs langsam auch in den Exportpreisen nieder. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum wird aber weiterhin gering bleiben, da von einem vergleichsweise moderaten Lohnanstieg in Deutschland ausgegangen wird. Zudem werden im kommenden Jahr die Unternehmen im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung bei den Lohnnebenkosten entlastet. Für das Jahr 2006 wird mit einem Preisanstieg von 1,6 % gerechnet. Im Jahr 2007 schwächt sich der Preisauftrieb bei nunmehr stabilen Rohstoffpreisen auf 1,0 % im Jahresdurchschnitt ab.

Die Einfuhrpreise haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres merklich erhöht und zu Beginn 2006 hat sich der Preisauftrieb nochmals deutlich beschleunigt. Während die Preissteigerungsrate im vierten Quartal 2005 im Vorjahresvergleich noch 2,4 % betrug, sind die Einfuhrpreise im ersten Quartal um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ausschlaggebend dafür war wiederum die deutliche Verteuerung bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Mit der Stabilisierung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten wird der Preisauftrieb nachlassen.

Gleichwohl dürften im Jahr 2006 die Einfuhrpreise noch um 3,4 % zunehmen. Für das Jahr 2007 wird bei etwas nachlassender Weltkonjunktur und stabilen Rohstoffpreisen eine Preissteigerungsrate von 1,9 % erwartet. Damit dürften sich die Terms of Trade im Jahr 2006 um 1,7 % und im Jahr 2007 nochmals um 0,8 % verschlechtern.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben den Tiefpunkt durchschritten und befinden sich seit 2004 in der Aufschwungphase. Im vergangenen Jahr sind sie real um 4 % gewachsen, im ersten Quartal 2006 setzte sich der Aufschwung fort. Die Finanzierungsbedingungen sind günstig, die Absatzaussichten werden sich im laufenden Jahr im Inland spürbar verbessern und im Ausland weiterhin gut bleiben. Deshalb ist für den Prognosezeitraum mit einer Fortsetzung der guten Investitionskonjunktur zu rechnen. Die für das nächste Jahr vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung dürfte keine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit bewirken, ein beginnender Investitionsaufschwung entfaltet erfahrungsgemäß eine mehrjährige selbst tragende Eigendynamik. Zudem wird die Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter gestützt. So wurde der Satz der degressiven Abschreibung für die Dauer dieser beiden Jahre auf 30 % (und maximal das Dreifache des Satzes der linearen Abschreibung) erhöht. Dadurch sinken die Kapitalkosten und zusätzliche Investitionsvorhaben werden rentabel. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen sich 2006 voraussichtlich um 5,5 % und 2007 um 6,5 %. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen um 4,5 % bzw. um 5,5 %.

Bauinvestitionen stabilisieren sich

Die Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr mit 3,4 % nochmals kräftig gesunken, im Verlaufe des Jahres hat sich aber eine Stabilisierung abgezeichnet und im Wohn- wie im Nichtwohnbau haben Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen, darauf deuten der jüngste Anstieg der Auftragseingänge, die Zunahme der Baugenehmigungen und die Verbesserung des Geschäftsklimas im Baugewerbe hin.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr von der Abarbeitung der zahlreichen Bauanträge getragen, die vor Abschaffung der Eigenheimzulage noch rechtzeitig gestellt wurden. Darüber hinaus wird die im nächsten Jahr stattfindende Mehrwertsteuererhöhung einen Anreiz für

private Haushalte bieten, Bauvorhaben in dieses Jahr vorzuziehen. Solche von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Vorzieheffekte begründen allerdings nur eine vorübergehende Belebung. Deshalb ist für das kommende Jahr wieder mit einer Abschwächung der Baukonjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 1% zunehmen und im nächsten Jahr um 0,5%.

Der gewerbliche Bau wird im Prognosezeitraum am konjunkturellen Aufschwung teilhaben. Das zeichnet sich in der Entwicklung der Baugenehmigungen ab, auch die Mieten für Büroimmobilien sinken kaum noch. Nach zehnjährigem realen Rückgang der Investitionen im Wirtschaftsbau dürften die Angebotsüberhänge nun weitgehend abgebaut sein. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass im Prognosezeitraum mit einem Zuwachs zu rechnen ist. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr um 0,4% und im nächsten Jahr um fast 2% zunehmen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen gingen in den beiden vergangenen Jahren deutlich zurück. Das war zum Teil durch Immobilienverkäufe bedingt, aber auch die Neubauten der öffentlichen Hand waren rückläufig. In diesem Jahr kann es zu einer Trendwende kommen. Die Haushaltssituation der Kommunen, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen entfallen, hat sich verbessert, die Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die für Verkehrsinvestitionen vorgesehen sind, steigen, und die Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden aufgestockt. Geht man davon aus, dass das Transaktionsvolumen bei den Immobilienverkäufen des Staates in etwa aufrechterhalten wird, dann ist für dieses und nächstes Jahr mit einem realen

Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von jeweils etwa 2,5% zu rechnen (vgl. Tab. 3).

Alles in allem dürften die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1% steigen und im Jahr 2007 – aufgrund des hohen Überhangs – um 1,2%.

Privater Konsum zieht an

Der private Konsum ist gut in das laufende Jahr gestartet. Im ersten Quartal ist er saisonbereinigt merklich gestiegen, nachdem er in den Herbstmonaten 2005 vorübergehend gesunken war. Aufgrund des strengen Winterwetters waren vor allem Nahrungsmittel, Heizenergie und Bekleidung gefragt. Die Ausgaben für Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sind hingegen saisonbereinigt gesunken. Maßgeblich für das Plus bei den gesamten realen Konsumausgaben war der leichte Zuwachs der real verfügbaren Einkommen; bei rückläufigen Masseneinkommen expandierten die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen recht kräftig. Auch ist die Sparquote saisonbereinigt leicht gesunken.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum zunächst verhalten steigen. In den Herbstmonaten ist aber mit einer beschleunigten Zunahme zu rechnen, weil die höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr zu vorgezogenen Käufen insbesondere von langlebigen Gebrauchsgütern anregt. Die Bruttolöhne und -gehälter werden um 1,3% expandieren; anders als im Vorjahr sinkt das bezahlte Arbeitsvolumen nicht mehr. Die Nettobezüge nehmen allerdings bei voll greifender Steuerprogression merklich schwächer zu (0,8%). Die monetären

Tabelle 3: Reale Bruttoinvestitionen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

| | 2005 | 2006 | 2007 |
|-----------------------------------|------|------|------|
| Bauten | -3,4 | 1,0 | 1,2 |
| Wohnungsbau | -3,4 | 1,0 | 0,5 |
| Nichtwohnungsbau | -3,3 | 1,0 | 2,0 |
| Gewerblicher Bau | -1,9 | 0,4 | 1,9 |
| Öffentlicher Bau | -7,2 | 2,5 | 2,3 |
| Ausrüstungen | 4,0 | 5,5 | 6,5 |
| Sonstige Anlagen | 1,8 | 4,5 | 5,5 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -0,2 | 3,0 | 3,6 |
| Vorratsinvestitionen ^a | 1,4 | -0,8 | 1,1 |
| Bruttoinvestitionen | 1,2 | 2,2 | 4,8 |

a) Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Sozialleistungen stagnieren sogar. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; ohne Schutzklauseln in der Rentenformel hätte es sogar eine „Minus-Runde“ gegeben. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I gehen infolge der sinkenden Empfängerzahlen weiter zurück, während sie beim Arbeitslosengeld II – trotz der jüngst beschlossenen Einschränkungen – aufgrund der zunehmenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften steigen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,1% zunehmen, real um 0,6%. Bei leicht rückläufiger Sparquote wird der reale private Konsum um 0,9% expandieren.

Ab kommendem Jahr wird das Realeinkommen durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung dauerhaft gedrückt. Die Nettolöhne und -gehälter werden trotz des leichten Anstiegs der Beschäftigung und einer geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen real nur wenig zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und einer leichten Erhöhung der Renten zur Jahresmitte nominal leicht rückläufig sein. Maßgeblich hierfür sind die Minderzahlungen von Arbeitslosengeld I und Einsparungen beim Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Versicherungsteuer, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer „Reichensteuer“ geschmälert. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei leicht sinkender Sparquote um 0,1% steigen.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im ersten Halbjahr 2006 vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni lag die Inflationsrate nach vorläufigen amtlichen Schätzungen im Vorjahresvergleich bei 2,0% (Jahresdurchschnitt 2005: +2,0%). Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug im Mai nur 0,7% und war damit sogar noch etwas niedriger als im Jahr 2005.⁴

Der Preisauftrieb wird sich bis zum Ende dieses Jahres etwas abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teureres gewordenes Öl als Vorleistung in die heimische Produktion

eingeht. Auch werden sich im Gefolge der anziehenden Konsumkonjunktur Preisüberwälzungsspielräume eröffnen. Darüber hinaus wird es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung wohl hier und da zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommen. Dämpfend wirkt im Vorjahresvergleich, dass die Tabaksteueranhebung von September 2005 sich nur noch bis August auf die Inflationsrate auswirken wird. Alles in allem wird sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8% verteuern.

Im Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts wirkt sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt mit knapp 1/2 Prozentpunkt auf die Inflationsrate aus. Dabei wurde unterstellt, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7% für bestimmte Güter bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen) nicht verändert werden. Weiter wurde angenommen, dass eine solche Mehrwertsteuererhöhung vollständig auf die Verbraucher überwälzt würde. Rein rechnerisch würde demnach eine Anhebung um 3 Prozentpunkte die Inflationsrate um knapp 1,5 Prozentpunkte steigen lassen. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragsätze aus. Absehbar ist eine Reduktion um per Saldo 1,3 Prozentpunkte (–2,0 Punkte in der Arbeitslosenversicherung, +0,4 Punkte in der Rentenversicherung, +0,3 Punkte in der gesetzlichen Krankenversicherung), die hälftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber entfällt. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten wirkt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex aus, da es sich hierbei um Sozialbeiträge und nicht um Verbrauchsausgaben handelt. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion der Inflationsrate um knapp 0,5 Prozentpunkte gerechnet. Per Saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau durch die fiskalischen Maßnahmen insgesamt um rund 1% angehoben werden. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,5% steigen. Die Inflationsrate wird dabei im Laufe des Jahres von 3% auf 2% sinken, weil der diesjährige Ölpreisschub nach und nach in die statistische Basis eingeht.

Arbeitsmarktlage hellt sich konjunkturell etwas auf

Der Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Jahres 2005 stabilisiert. Im ersten Quartal 2006 zeichnete sich jedoch noch keine durchgreifende Besserung ab. Im Dienstleistungssektor konnte das Beschäftigungsniveau annähernd gehalten werden. Nachdem sich der Rückgang

der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft im Verlauf des Jahres 2005 zunächst verlangsamt hatte, war er im ersten Quartal 2006 wieder etwas stärker ausgeprägt. Allerdings dürfte die ungünstige Beschäftigungsentwicklung aufgrund des kalten und langanhaltenden Winterwetters etwas überzeichnet sein. Insgesamt war die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2006 um 50.000 niedriger als im vergleichbaren Vorjahresquartal. Auch das um Arbeitstageeffekte bereinigte geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag mit gut 0,1% leicht unter dem Vorjahresniveau, so dass die Produktionssteigerung allein durch eine erhöhte Produktivität erzielt wurde. Im gleichen Zeitraum nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 190.000 ab, wobei etwa 40.000 auf den Abbau von geförderter Beschäftigung zurückzuführen sind.

Gleichzeitig fand eine Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Hartz-Reformen statt. Dabei erhöhte sich vor allem die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs), die um gut 150.000 stiegen. Die geförderte Selbstständigkeit im Rahmen der Ich-AG nahm im betrachteten Zeitraum nicht mehr zu, jedoch hat sich die ungeforderte Selbstständigkeit recht positiv entwickelt (+90.000). Nachdem die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im ersten Halbjahr 2005 deutlich gefallen war, ist seitdem wieder ein deutlicher Aufbau dieser Stellen auszumachen. Die Zahl der Minijobs stieg dabei auf etwa 4,9 Mill. und lag im ersten Quartal 2006 um gut 180.000 über dem Vorjahr. Zum Teil dürfte der starke Aufbau geringfügiger Beschäftigung als Reaktion auf den vorangegangenen starken Rückgang zu verstehen sein: Zu Beginn des Jahres 2005 dürften manche Empfänger von Arbeitslosengeld II ihren Minijob wegen zu geringer Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Gunsten eines Zusatzjobs aufgegeben haben. Diese Stellen wurden dann vermutlich nur allmählich neu besetzt oder ganz durch kostengünstigere Zusatzjobs substituiert. Dementsprechend war der Aufbau geringfügiger Beschäftigung in den vergangenen Monaten wieder etwas verhaltener.

Nachdem die Arbeitslosigkeit durch die Hartz-Reformen zu Beginn des Jahres 2005 sprunghaft gestiegen war, sank sie im weiteren Jahresverlauf deutlich. Zunächst fielen Personen, die nicht arbeitsfähig waren oder denen kein Arbeitslosengeld zustand, aus der Statistik heraus. Außerdem wurden vermehrt Zusatzjobs geschaffen, die die Zahl der Arbeitslosen verringerten. Die überdurchschnittlich kalte Witterung überlagerte dann zu Beginn des Jahres 2006 die positive Tendenz. Hinzu kam, dass wegen der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Januar vermehrt ältere Arbeitnehmer entlassen wurden, um den Bezug des Arbeitslosengeldes noch nach der alten Regelung zu ermöglichen. Insgesamt

führte dies zu vorübergehend steigenden Arbeitslosenzahlen. Als Gegenreaktion auf das überdurchschnittlich kalte Wetter zu Jahresbeginn sank die Arbeitslosenzahl im April wieder deutlich. Im Mai waren 350.000 Arbeitslose weniger registriert als im Vorjahresmonat. Das entsprach nach Ausschaltung saisonal bedingter Schwankungen einem Rückgang von 90.000 gegenüber dem Vormonat, wobei gleichzeitig ein leichter Abbau von Zusatzjobs stattfand.

Im Jahr 2006 wird sich die Lage am Arbeitsmarkt durch die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion konjunkturell weiter aufhellen. Bei den Minijobs kommt der Stellenaufbau allerdings zum Stillstand. Ein Grund hierfür ist die Anhebung der Abgabenpauschale für Arbeitgeber am 1. Juli 2006 von 25 auf 30 %. Im Zuge dessen dürften die sozialversicherungspflichtigen Midijobs (400 bis 800 €) an Attraktivität gewinnen. Außerdem scheint das Potenzial für geringfügig entlohnte Stellen, die mit Teilzeitkräften besetzt werden können, zunächst ausgeschöpft zu sein.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 55.000 unter dem Wert des Vorjahres liegen, was im Verlauf der kommenden drei Quartale saisonbereinigt einer Zunahme von 90.000 entspricht. Dieser Anstieg ist zum Teil auch ein Resultat der ab Juli 2006 im Vergleich zu Minijobs höheren Attraktivität der Midijobs. Die konjunkturelle Dynamik wird dazu führen, dass sich der Anstieg der Selbstständigenzahl im Jahr 2006 fortsetzt (+55.000). Durch die Neuregelung der Förderung der Begründung einer selbstständigen Tätigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus werden ab 1. August 2006 sowohl Ich-AG als auch Überbrückungsgeld im „Gründungszuschuss“ zusammengefasst. Die Bezugsdauer ist mit 9 bzw. 15 Monaten jedoch erheblich kürzer als bei der bisherigen Ich-AG. Für Empfänger von Arbeitslosengeld II besteht weiterhin die Möglichkeit, über das Einstiegsgeld eine Förderung zu erhalten, was auch zunehmend geschieht. Die Zahl der geförderten Selbstständigen insgesamt dürfte sich durch die Neuregelungen allerdings kaum verändern.

Im Verlauf des Jahres dürften auch wieder mehr Zusatzjobs vermittelt werden, sodass bis zum Jahresende etwa 300.000 solcher Stellen bestehen sollten. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit 2006 um 70.000 zunehmen. Im Verlauf des nächsten Jahres steigt die Erwerbstätigkeit etwas langsamer; im Jahresdurchschnitt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen um 180.000 zu. Weitere Minijobs werden nach der Neuregelung der Abgaben nur noch in geringem Umfang geschaffen, aufgrund des Unterhangs wird der Vorjahresdurchschnitt um 20.000 unterschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt im Jahresdurchschnitt 2007 um 100.000. Auch die Zahl der Selbstständigen wird sich weiter erhö-

hen, trotz eines nur geringen Ausbaus geförderter Existenzen wird sie jahresdurchschnittlich um 70.000 zunehmen. Die Zusatzjobs dürften sich bei einer Gesamtzahl von etwa 300.000 stabilisieren und damit nicht mehr zur Veränderung der Beschäftigung beitragen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im weiteren Verlauf dieses Jahres erneut abnehmen, auch weil angenommen wird, dass weitere Zusatzjobs bereitgestellt werden. Da kaum neue Minijobs entstehen, die vielfach mit Personen besetzt werden, die aus der stillen Reserve kommen, werden die neuen Arbeitsplätze auch mit Personen besetzt, die bisher arbeitslos waren. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wird sich somit auch bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die Zahl der Arbeitslosen um 260.000 sinken. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosigkeit aus konjunkturellen Gründen dann noch um 150.000 zurückgehen (vgl. Tab. 4).

- ¹ *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2006. Vgl. G. FLAIG, W. NIERHAUS, et. al., ifo Konjunkturprognose 2006/2007: Aufschwung setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst, 12/2006, S. 19–54.*
- ² *Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. NIERHAUS, Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ifo Schnelldienst, Jg. 53, Nr. 4, 2000, S. 7–13.*
- ³ *Vgl. H. BANDHOLZ, G. FLAIG, J. MAYR: Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4, 2005.*
- ⁴ *Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.*

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

| | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Erwerbstätige Inländer | 38.994 | 38.632 | 38.782 | 38.672 | 38.742 | 38.922 |
| Arbeitnehmer | 34.991 | 34.560 | 34.564 | 34.317 | 34.332 | 34.442 |
| darunter: | | | | | | |
| sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | 27.629 | 27.007 | 26.561 | 26.233 | 26.178 | 26.278 |
| ausschließlich geringfügig Beschäftigte | 4.148 | 4.322 | 4.742 | 4.772 | 4.937 | 4.917 |
| Zusatzjobs | | | 16 | 225 | 281 | 300 |
| Selbstständige | 4.003 | 4.072 | 4.218 | 4.355 | 4.410 | 4.480 |
| darunter: | | | | | | |
| geförderte Selbstständigkeit | 54 | 114 | 234 | 317 | 297 | 312 |
| Pendlersaldo | 102 | 90 | 86 | 111 | 90 | 85 |
| Erwerbstätige Inland | 39.096 | 38.722 | 38.868 | 38.783 | 38.832 | 39.007 |
| Arbeitslose ^a | 4.061 | 4.377 | 4.381 | 4.861 | 4.601 | 4.451 |
| Arbeitslosenquote ^b | 9,4 | 10,2 | 10,2 | 11,2 | 10,6 | 10,3 |
| Erwerbslose ^c | 3.229 | 3.703 | 3.931 | 3.893 | 3.253 | 2.993 |
| Erwerbslosenquote ^d | 7,6 | 8,7 | 9,2 | 9,1 | 7,7 | 7,1 |
| Aktive Arbeitsmarktpolitik | | | | | | |
| Beschäftigung schaffende Maßnahmen ^e | 194 | 145 | 119 | 62 | 35 | 35 |
| Berufliche Vollzeitweiterbildung | 340 | 260 | 184 | 113 | 100 | 90 |
| Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen | 74 | 93 | 95 | 67 | 60 | 55 |

a) Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – e) Strukturanpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit: Gibt es Unterschiede zwischen Deutschen und Immigranten?

Beate Grundig und Carsten Pohl*

Seit Jahren verharrt die Arbeitslosenquote in Deutschland auf einem hohen Niveau. Allerdings zeigt die Betrachtung der qualifikationsspezifischen Quoten ein differenziertes Bild: Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss sind ungleich höher von Arbeitslosigkeit betroffen als diejenigen mit einer abgeschlossenen Berufs- oder Hochschulausbildung [vgl. REINBERG und HUMMEL (2005)]. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Beitrag die Frage untersucht, inwiefern sich die Arbeitslosenquoten von Deutschen und Immigranten in Abhängigkeit ihrer Qualifikation voneinander unterscheiden. Dies ist insofern von Bedeutung, als dass in den nächsten Jahren der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgrund von Zuwanderung weiter steigen wird. Eine dem Arbeitsmarkt angepasste Zuwanderungspolitik könnte somit Einfluss auf die qualifikationsspezifische Zusammensetzung zukünftiger Immigranten nehmen.

Unterschiede im internationalen Vergleich

Häufig werden bei Vergleichen der Arbeitslosenquoten von Einheimischen und Immigranten die Beschäftigten bzw. Arbeitslosen als eine homogene Gruppe hinsichtlich ihres Humankapitals aufgefasst. Hierbei zeigt sich, dass in Deutschland und auch in anderen industrialisierten Ländern die Arbeitslosenquote der Immigranten über der der einheimischen Bevölkerung liegt (vgl. Abb. 1). In Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Schweden ist die Arbeitslosenquote unter den Ausländern mehr als doppelt so hoch wie unter den Einheimischen. In Deutschland, Österreich und Großbritannien liegt sie knapp unter dieser Relation. Lediglich in Griechenland entspricht das Niveau der Arbeitslosenquote der Ausländer dem der Einheimischen.

Allerdings trägt dieser einfache Vergleich der Arbeitslosenquoten nicht der Tatsache Rechnung, dass Unterschiede im Bildungsniveau zwischen Einheimischen und Immigranten existieren. Denn im Rahmen der Gastarbeiterprogramme in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts wanderten überwiegend Geringqualifizierte nach Deutschland ein. Aus diesem Grund stellt die Assimilation der Immigranten insbesondere hinsichtlich ihrer Bildungsentscheidungen eine wesentliche Determinante für den Erfolg am Arbeitsmarkt dar. Dies gilt sowohl für die ursprünglichen Einwanderer als auch

für die nachfolgenden Generationen, die in Deutschland aufwachsen und das deutsche Bildungssystem durchlaufen.

Die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen Einheimischen und Immigranten hängen jedoch nicht nur vom Bildungsniveau ab, sondern können auf vielfältige Ursachen zurückgeführt werden. Dazu zählen beispielsweise die Diskriminierung aufgrund der Herkunft, Unterschiede in der Altersverteilung und/oder mangelnde Kenntnisse der Sprache des Einwanderungslandes, was den Arbeitsmarktzugang erschwert.

Der Fokus dieses Beitrags liegt allerdings in einer reinen deskriptiven Analyse der qualifikationsspezifischen Arbeitslosigkeit in Deutschland, d. h. die Determinanten der Arbeitslosigkeit bzw. der Erwerbstätigkeit von Ausländern werden nicht untersucht [vgl. BORJAS (1994) für einen Einstieg in die Literatur].

Methodik

Für die Berechnung von qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten für Deutsche und Ausländer sind detaillierte Angaben aus der Statistik notwendig. Im Allgemeinen sind Arbeitslosenquoten als Quotient von Arbeitslosen zu Erwerbspersonen definiert, wobei sich die Erwerbspersonen aus geringfügig und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Beamten, Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitslosen zusammensetzen. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit musste von dieser Definition der Erwerbspersonen der Bundesagentur für Arbeit abgewichen werden. Analog zu REINBERG und HUMMEL (2005) sowie GRUNDIG und LENECKE (2004) werden die Arbeitslosenquoten im Folgenden als Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen gemessen, wobei sich die Erwerbspersonen als Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen ergeben.

Allerdings reichen die in der amtlichen Statistik vorliegenden Angaben zur Erwerbstätigkeit von Ausländern und Deutschen nach Qualifikation nicht aus, so dass die Zahl der Erwerbstätigen durch eigene Berechnungen mit Hilfe des Mikrozensus bestimmt werden musste. Aus dem Scientific Use File des Mikrozensus 2003 konnte die

* Beate Grundig und Carsten Pohl sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Qualifikationsstruktur der erwerbstätigen Deutschen und Ausländer und deren Anteile an der Bevölkerung gewonnen und auf Deutschland hochgerechnet werden.¹

Die Zahl der Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss wurde um diejenigen Erwerbstätigen bereinigt, die noch eine Bildungseinrichtung besuchen, bspw. Schüler, Auszubildende und Studierende. Damit wird ein genaueres Bild der Arbeitslosigkeit unter den Niedrigqualifizierten ermöglicht. In der Arbeitslosenquote über alle Qualifikationsstufen sind die in Ausbildung befindlichen Personen allerdings enthalten, um eine bessere Vergleichbarkeit zu den von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Quoten zu erreichen.

Die Zahl der Arbeitslosen nach Qualifikation konnte den Strukturanalysen der Bundesagentur für Arbeit entnommen werden [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2005a, b)]. Für die Abgrenzung von Deutschen und Ausländern wurde auf die Definition des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen, wonach Ausländer all diejenigen Personen sind, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

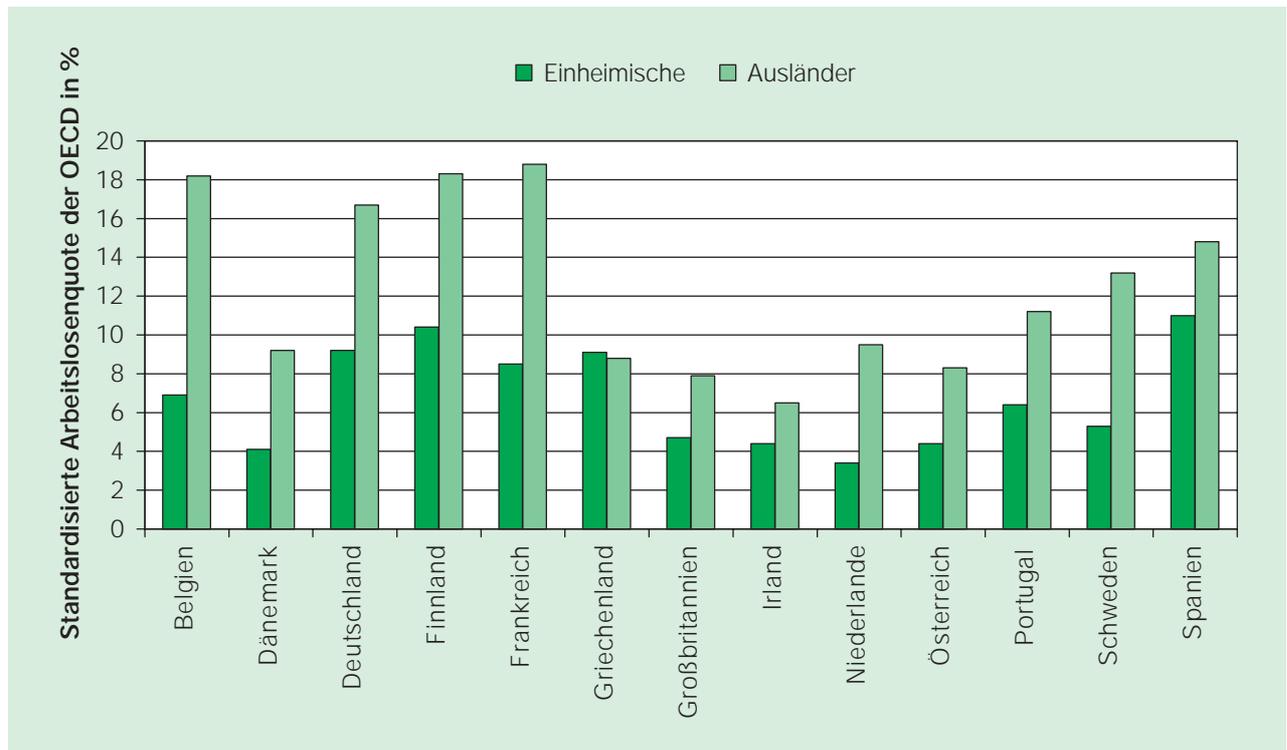
Ergebnisse

In Tabelle 1 sind die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen, der Erwerbstätigen und der Erwerbspersonen dar-

gestellt. Dabei lassen sich folgende Punkte festhalten: Während unter den deutschen Arbeitslosen fast zwei Drittel über einen Berufsabschluss verfügen, ist es unter den ausländischen Arbeitslosen nur gut jeder Fünfte. Fast spiegelbildlich dazu ist der Anteil der Arbeitslosen ohne Berufsabschluss unter den Ausländern mit 72,5 % zweieinhalb Mal so hoch wie unter den Deutschen. Ähnliche Unterschiede in der Qualifikationsstruktur sind auch bei den Erwerbstätigen festzustellen. Während unter den Deutschen nur knapp 9 % der Erwerbstätigen keinen Berufsabschluss haben, sind es unter den ausländischen Erwerbstätigen 41%. Die Anteile bei den Erwerbstätigen mit mittlerer und mit hoher Qualifikation sind dementsprechend bei den Deutschen viel höher als bei den Ausländern.

In Abbildung 2 sind die Ergebnisse der Berechnungen dargestellt. Grundsätzlich gilt: Ohne Beachtung der Qualifikation unterliegen Ausländer in Deutschland einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko als Deutsche, dessen Ursachenanalyse jedoch nicht Gegenstand dieses Kurzbeitrags ist. Das Arbeitslosigkeitsrisiko unterscheidet sich allerdings zwischen den Qualifikationen: Für die beiden unteren Qualifikationsniveaus konnten für die Ausländer sogar etwas niedrigere Arbeitslosenquoten als für die Deutschen ermittelt werden. Die Arbeitslosenquote für die Hochqualifizierten unter den Ausländern ist mit 7,5 % fast doppelt so hoch wie unter den Deutschen. Die im

Abbildung 1: Arbeitslosenquoten von Einheimischen und Ausländern in ausgewählten OECD-Staaten (2003)



Quelle: OECD (2005).

Durchschnitt höhere Arbeitslosenquote bei Ausländern ist wesentlich auf deren Qualifikationsstruktur zurückzuführen. Da die Gruppe, die das höchste Arbeitslosigkeitsrisiko besitzt, – die Niedrigqualifizierten – unter den Ausländern ein stärkeres Gewicht hat, ist die gesamte Arbeitslosenquote dementsprechend höher.

Diese scheinbar paradoxen Ergebnisse können auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Beispielsweise stellt die Nicht-Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen oftmals ein Problem dar, wodurch der Arbeitsmarktzugang für Hochqualifizierte erschwert wird. Als möglichen Ausweg nehmen die ausländischen Hochqualifizierten eine Arbeitsstelle an, die unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau liegt. Aufgrund der schlechteren Arbeitsmarktsituation für Geringqualifizierte wäre es zudem denkbar, dass Personen dieser Qualifikationsgruppe – im Vergleich zu den ausländischen Hochqualifizierten – nach erfolgloser Arbeitsplatzsuche eine relativ höhere Neigung aufweisen, in ihr Heimatland zurückkehren [vgl. STARK (1995)]. Dies könnte auch die im Vergleich zu den Einheimischen niedrigere Arbeitslosenquote in diesem Qualifikationssegment erklären.

Die Betrachtung der absoluten Arbeitslosenzahlen macht jedoch deutlich, dass in Deutschland lediglich rund 31.000 arbeitslose Ausländer mit hoher Qualifikation zu finden sind (vgl. Tab. 2). Bei den ausländischen Arbeitslosen mit mittlerer bzw. niedriger Qualifikation sind es hingegen rund 114.000 bzw. 383.000.

Fazit

Aufgrund des demographischen Wandels, der sich bereits heute in einigen Berufszweigen in einem fehlenden Arbeitsangebot an Hochqualifizierten bemerkbar macht, sollte die Zuwanderung sowie die Möglichkeit zum dauerhaften Verbleib in Deutschland für diese Gruppe erleichtert werden. Der Vergleich der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten zwischen Deutschen und Immigranten hat deutlich gemacht, dass nicht nur unter den Einheimischen sondern auch unter den Zugewanderten das Risiko der Arbeitslosigkeit bei den Hochqualifizierten am niedrigsten ausfällt. Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss und solche mit Berufsabschluss unterliegen wie die Deutschen hingegen einem höheren Arbeitsmarktrisiko.

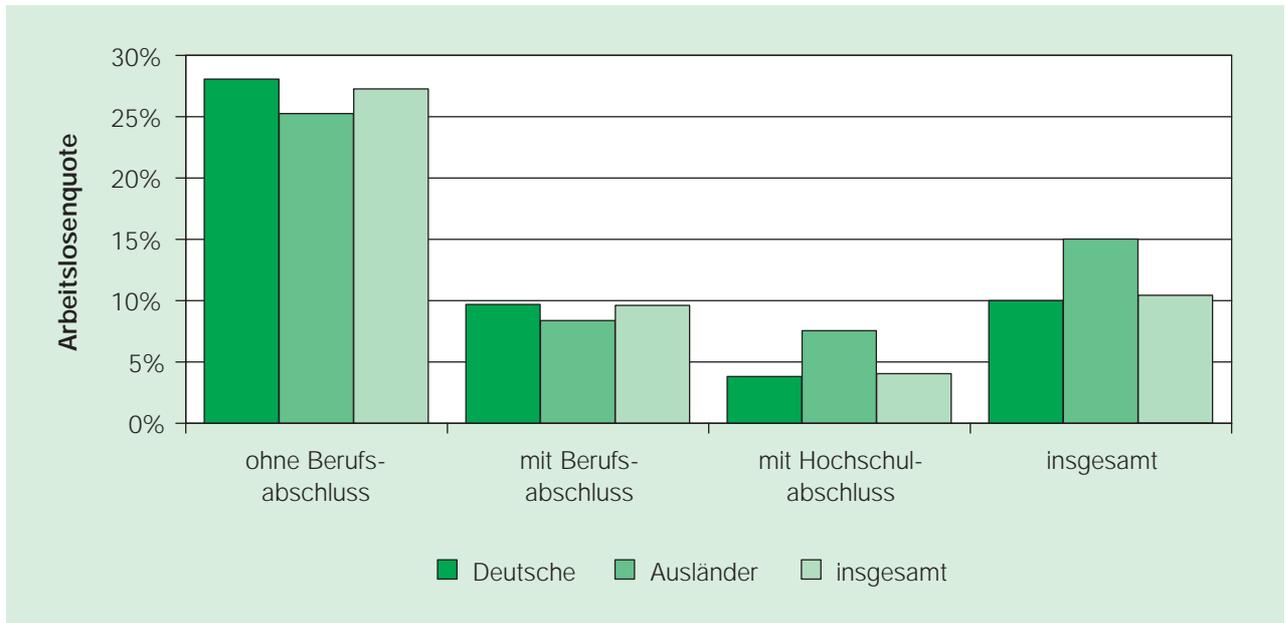
Tabelle 1: Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen (2003)

| | Deutsche | Ausländer | Insgesamt |
|---|----------|-----------|-----------|
| Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen | | | |
| ohne Berufsabschluss | 28,9% | 72,5% | 34,4% |
| mit Berufsabschluss | 65,1% | 21,6% | 59,6% |
| mit Hochschulabschluss | 6,0% | 5,9% | 6,0% |
| insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen | | | |
| ohne Berufsabschluss | 8,9% | 41,0% | 11,5% |
| mit Berufsabschluss | 72,8% | 45,2% | 70,5% |
| mit Hochschulabschluss | 18,3% | 13,8% | 18,0% |
| insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen | | | |
| ohne Berufsabschluss | 11,0% | 46,0% | 14,1% |
| mit Berufsabschluss | 72,0% | 41,5% | 69,3% |
| mit Hochschulabschluss | 17,0% | 12,5% | 16,6% |
| insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |

Anmerkung: Die Angaben für die Arbeitslosen beziehen sich auf September 2003, die Angaben zu den Erwerbstätigen auf Mai 2003. Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen bzw. Erwerbspersonen ohne in Ausbildung befindliche Personen.

Quellen: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis des Scientific Use File des Mikrozensus 2003 sowie Bundesagentur für Arbeit (2003a, b).

Abbildung 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten von Deutschen und Ausländern in Deutschland (2003)



Quellen: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis des Scientific Use File des Mikrozensus 2003 sowie Bundesagentur für Arbeit (2003a, b).

Tabelle 2: Arbeitslosenzahl nach Qualifikation für Deutsche und Ausländer im September 2003

| | Deutsche | Ausländer | Insgesamt |
|------------------------|-----------|-----------|-----------|
| ohne Berufsabschluss | 1.063.666 | 382.786 | 1.446.452 |
| mit Berufsabschluss | 2.392.857 | 114.195 | 2.507.052 |
| mit Hochschulabschluss | 222.164 | 31.168 | 253.332 |
| insgesamt | 3.678.687 | 528.149 | 4.206.836 |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2003a, b).

Literatur

- BORJAS, G. J. (1994): The Economics of Immigration, *Journal of Economic Literature*, 32, 1667–1717.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2003a): Strukturana-lyse – Arbeitslose Ausländer, Arbeitsmarkt in Zahlen, September 2003, Nürnberg.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2003b): Strukturana-lyse – Arbeitslose, Arbeitsmarkt in Zahlen, September 2003, Nürnberg.
- GRUNDIG, B. und P. LENECKE (2004): Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch am besten aufgestellt, ifo Dresden bericht, Nr. 04, 36–40.
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD) (Hrsg.) (2005): Trends in International Migration, SOPEMI, Paris.

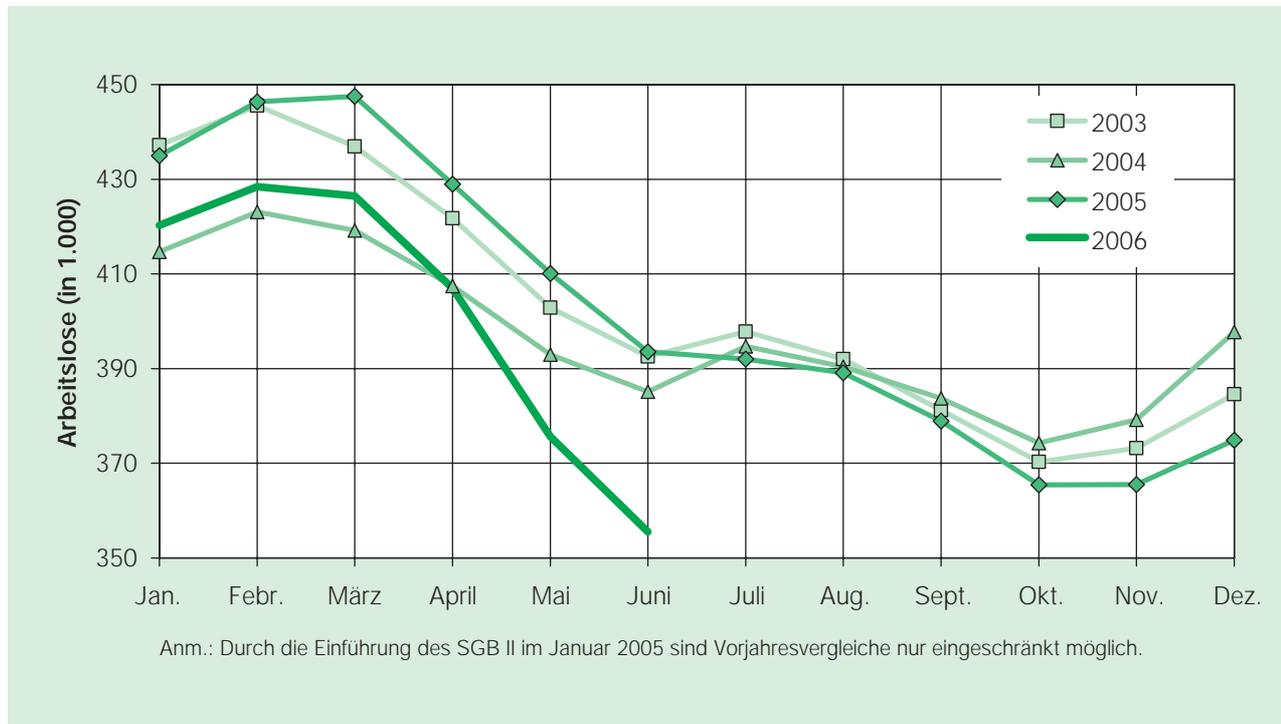
- REINBERG, A. und M. HUMMEL (2005): Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, IAB Kurz-bericht 9, Nürnberg.
- STARK, O. (1995): Return and Dynamics: The Path of La-bor when Workers Differ in their Skills and Information is Asymmetric, *Scandinavian Journal of Economics* 1, 55–71.

¹ Aufgrund der geringen Besetzungszahlen von Ausländern in Ostdeutschland im Mikrozensus und des dadurch bedingten möglichen Stichprobenfehlers werden die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten für Deutsche und Ausländer nicht getrennt nach Ost- und Westdeutschland ausgewiesen.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

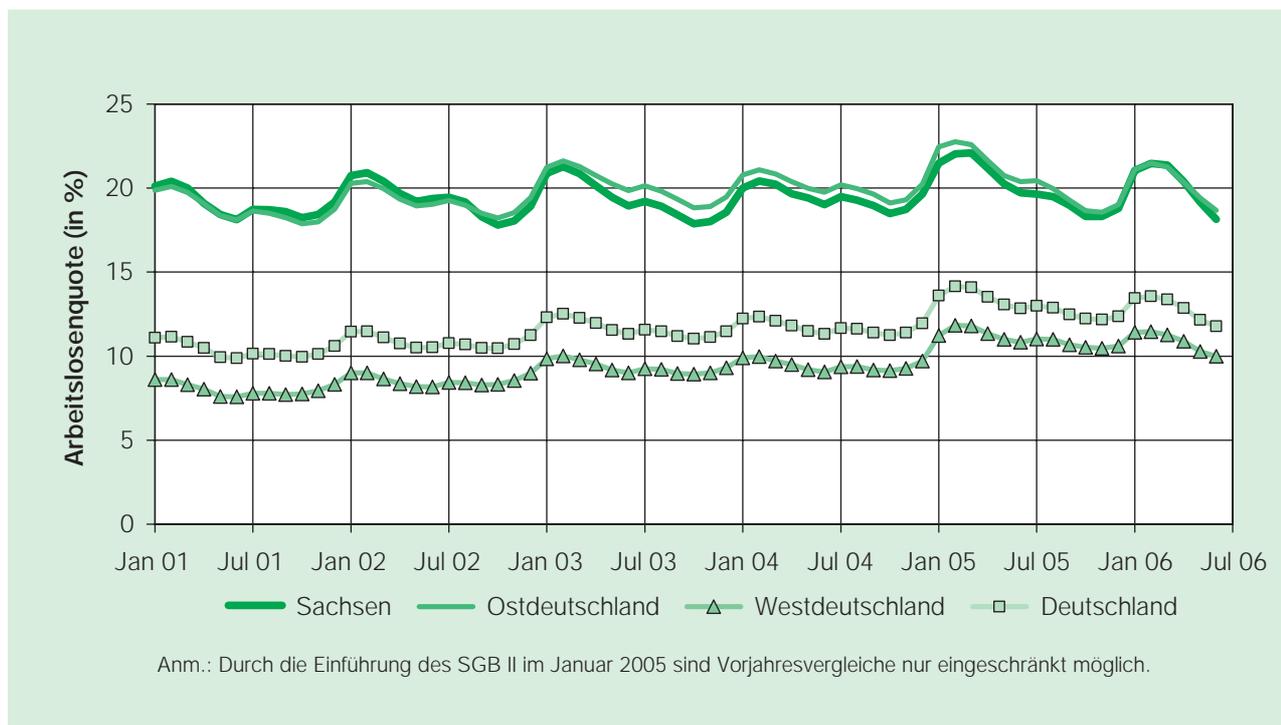
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2003 bis 2006)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2001 bis 2006)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

| Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen) | | | | | | | | | |
|--|--|-----------|------------------|--------------------------------|-----------|------------------|--|-----------|------------------|
| | Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a | | | Gemeldete Stellen ^b | | | Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c | | |
| | April 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat |
| Brandenburg | 697 | 684 | 694 | 21 | 22 | 14 | 12 | 13 | 14 |
| Mecklenburg-Vorp. | 492 | 481 | 490 | 16 | 16 | 12 | 12 | 12 | 12 |
| Sachsen | 1.318 | 1.296 | 1.321 | 33 | 30 | 22 | 25 | 24 | 29 |
| Sachsen-Anhalt | 716 | 707 | 715 | 21 | 20 | 14 | 11 | 11 | 16 |
| Thüringen | 700 | 689 | 704 | 16 | 15 | 14 | 11 | 11 | 15 |
| D Ost (mit Berlin) | 4.938 | 4.869 | 4.941 | 135 | 131 | 96 | 88 | 89 | 101 |
| D West (ohne Berlin) | 21.164 | 21.075 | 21.157 | 445 | 435 | 344 | 138 | 145 | 195 |
| D gesamt | 26.102 | 25.944 | 26.098 | 581 | 565 | 439 | 225 | 234 | 296 |

| Arbeitslosigkeit | | | | | | | | | |
|----------------------|---------------------------|-----------|------------------|---------------------------------------|-----------|------------------|--|-----------|------------------|
| | Arbeitslose (in 1.000 P.) | | | Arbeitslosenquote ^d (in %) | | | Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen) | | |
| | Juni 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2006 | Vor-monat | Vor-jahres-monat |
| Brandenburg | 220 | 228 | 239 | 18,3 | 19,0 | 19,6 | 42,1 | 40,9 | 42,8 |
| Mecklenburg-Vorp. | 160 | 166 | 176 | 19,9 | 20,7 | 21,7 | 38,8 | 38,0 | 45,9 |
| Sachsen | 356 | 376 | 394 | 18,1 | 19,2 | 19,7 | 43,6 | 42,3 | 42,9 |
| Sachsen-Anhalt | 226 | 235 | 256 | 19,6 | 20,4 | 21,6 | 42,6 | 41,9 | 45,5 |
| Thüringen | 182 | 188 | 204 | 16,5 | 17,1 | 18,1 | 42,0 | 40,6 | 40,7 |
| D Ost (mit Berlin) | 1.433 | 1.490 | 1.592 | 18,7 | 19,4 | 20,4 | 42,7 | 41,7 | 42,5 |
| D West (ohne Berlin) | 2.964 | 3.046 | 3.188 | 10,0 | 10,3 | 10,8 | 43,7 | 42,6 | 34,1 |
| D gesamt | 4.397 | 4.535 | 4.781 | 11,8 | 12,2 | 12,8 | 43,3 | 42,3 | 36,9 |

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (inkl. traditionelle Struktur-anpassungsmaßnahmen) und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene Träger (Optionskommunen), da für diese keine Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

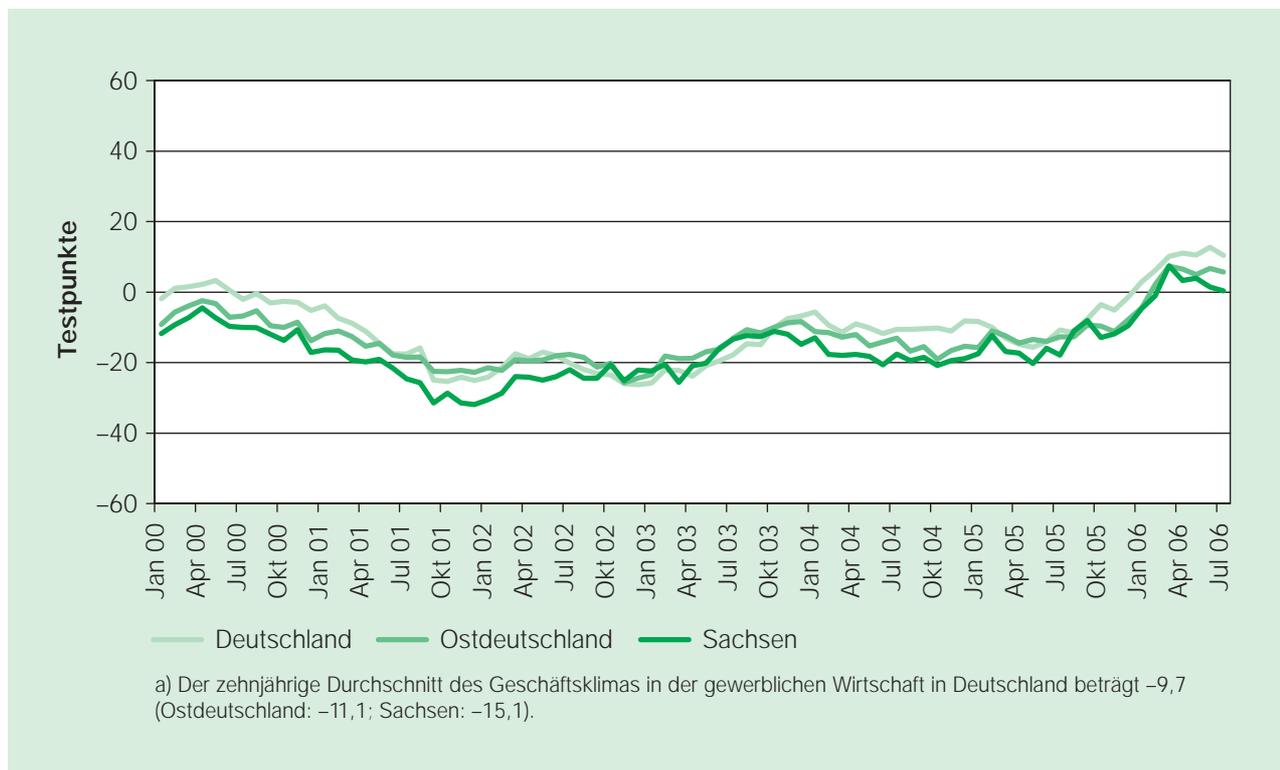
Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE). Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

$GK = \frac{(GL + 200)(GE + 200)}{2} - 200$. Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

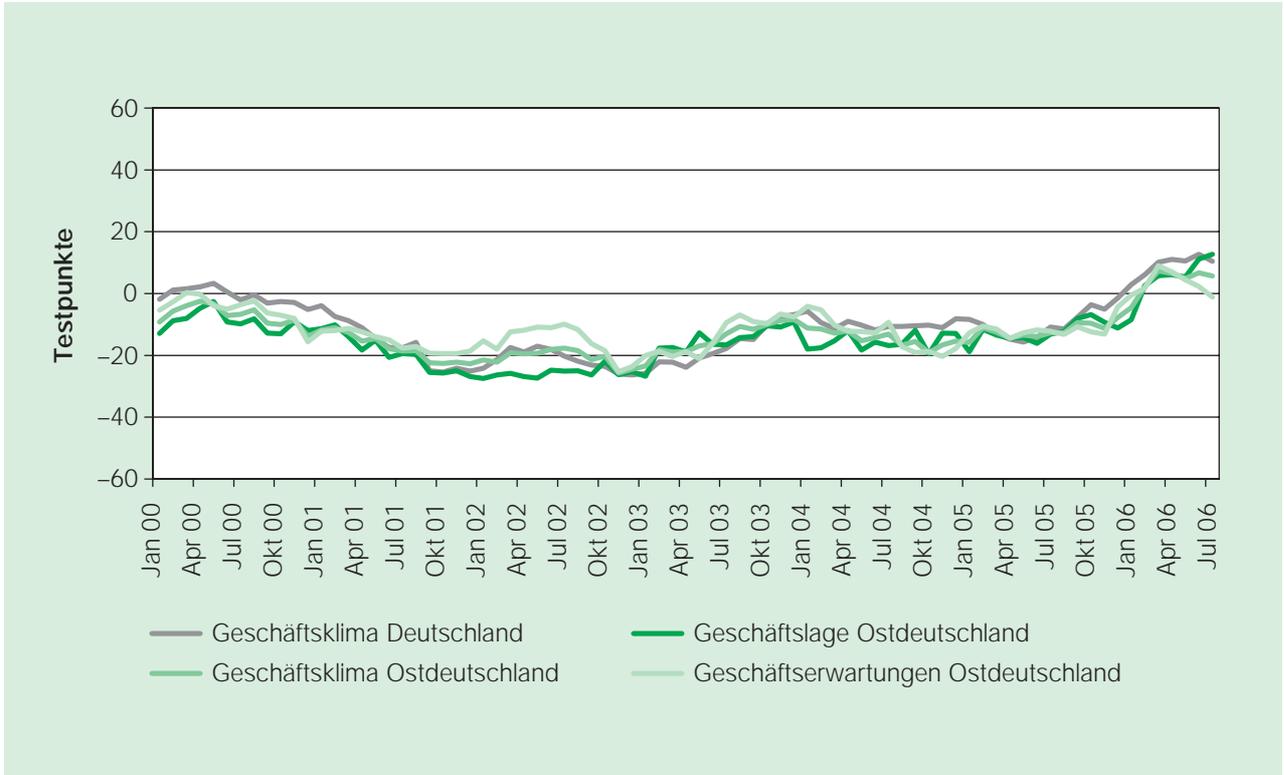
Das ifo Geschäftsklima basiert auf zirka 7.000 monatlichen Meldungen. Die Anzahl der ostdeutschen Teilnehmer beträgt rund 1.400. Zirka 600 Meldungen kommen aus Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



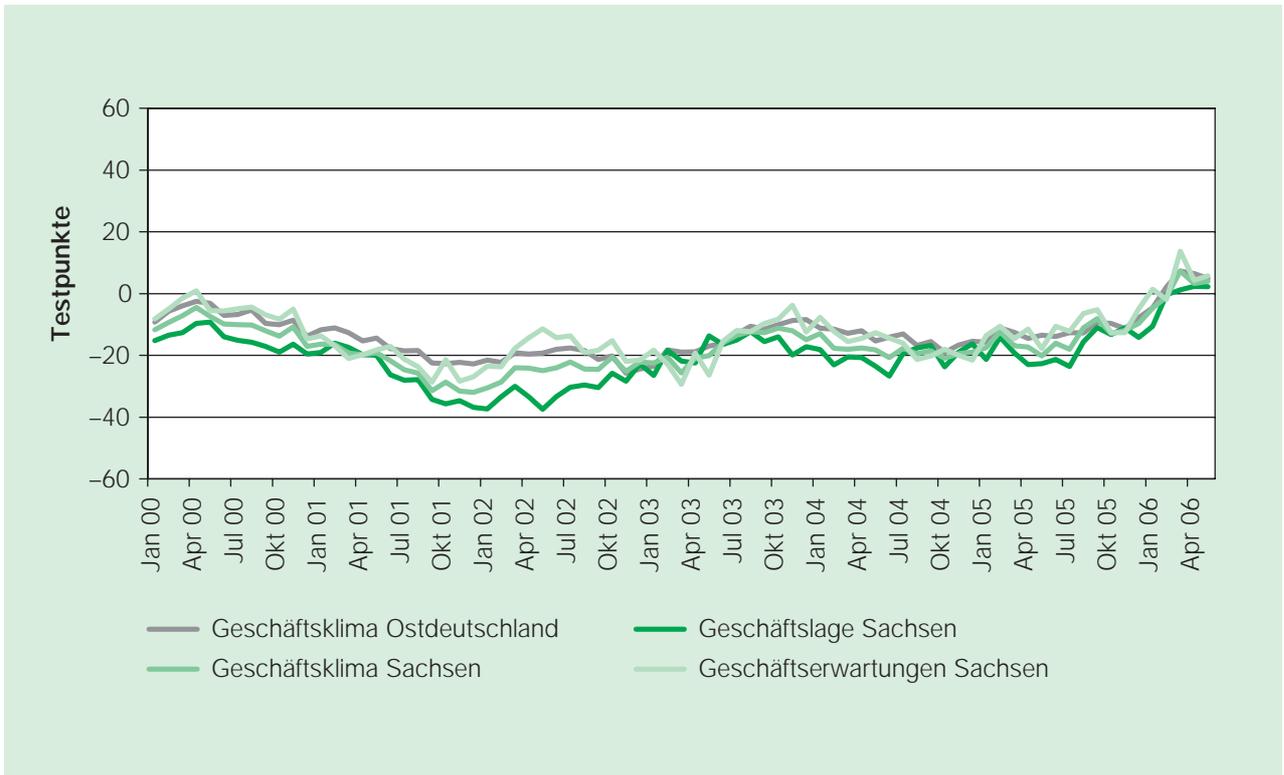
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



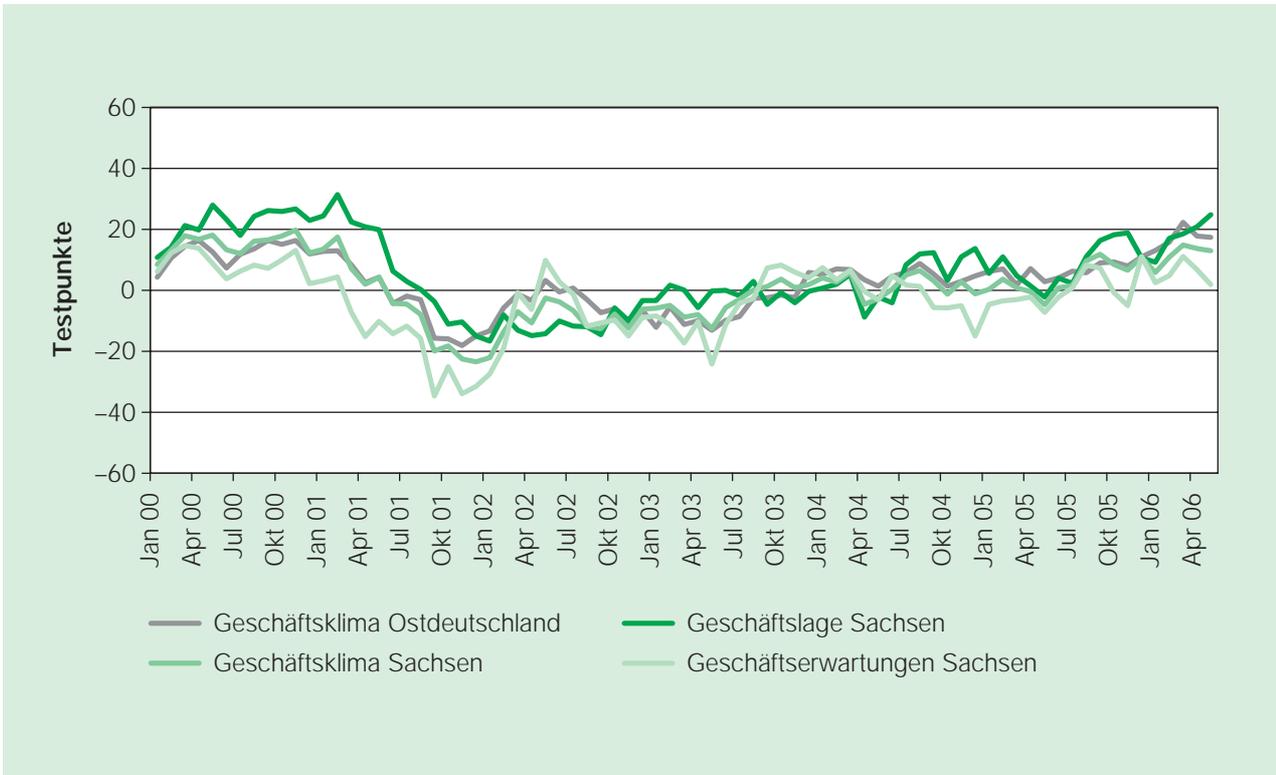
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



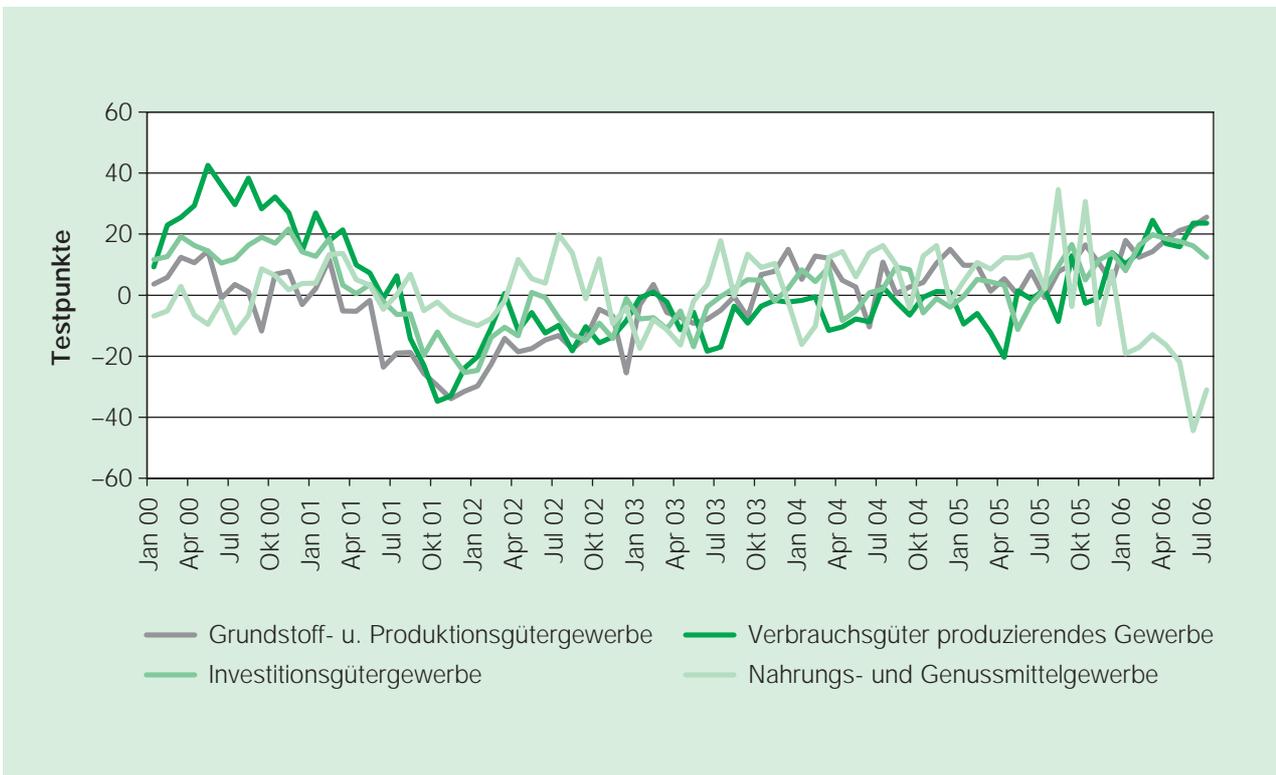
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
 Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)



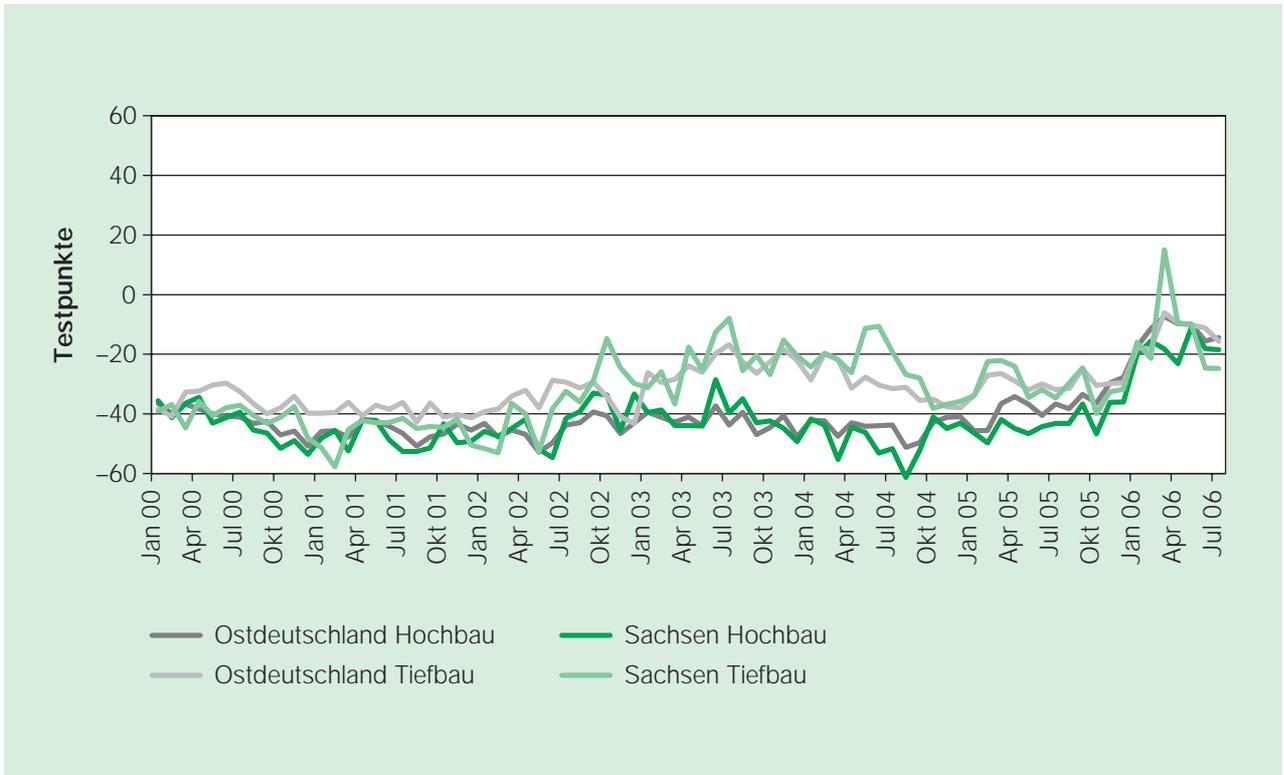
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima
 Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen



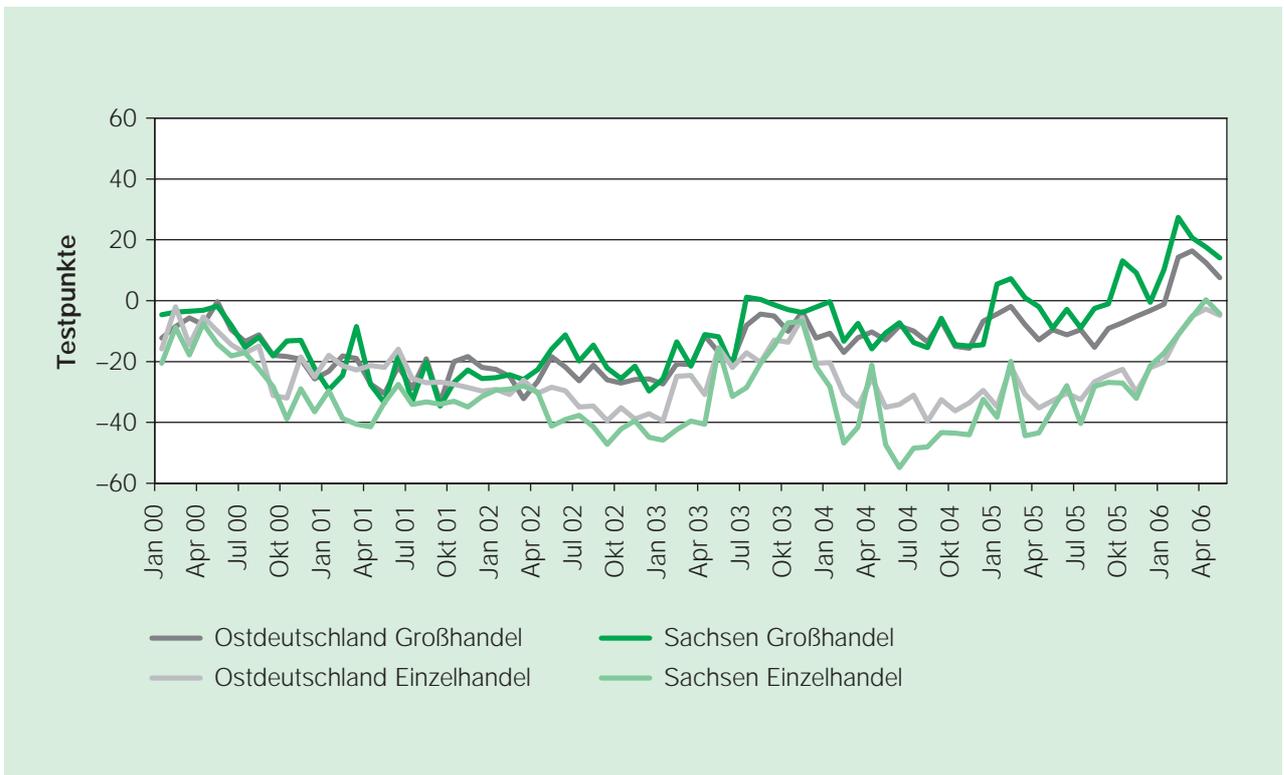
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Anlässlich des ifo Gartengesprächs, welches am **28. Juni 2006** in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts stattfand, hielt Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg sowie Mitglied im Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, einen Vortrag zum Thema „Reform der Unternehmensbesteuerung“. An der Veranstaltung nahmen unter anderem Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, und Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer von ifo Dresden, sowie weitere Vertreter von Politik und Wissenschaft teil.

Am **6. Juli 2006** traf sich der Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung stellte Dr. Wolfgang Nier-

haus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, zunächst die aktuelle Deutschlandprognose des ifo Instituts vor. Anschließend berichtete Dr. Wolf-Dietmar Speich vom Statistischen Landesamt über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2005 und den ersten Monaten des aktuellen Jahres sowie die VGR-Revision. Daran anknüpfend stellte Antje Weyh vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Regionalbüro Sachsen die Arbeitsmarktentwicklung für Sachsen in der ersten Jahreshälfte 2006 vor. Abschließend präsentierten Dr. Michael Berlemann, Beate Schirwitz und Gerit Vogt, Mitarbeiter der Niederlassung Dresden, die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für das Jahr 2006/2007.

ifo Vorträge

Am **8. Juni 2006** trug Sabine Engelmann, Doktorandin bei ifo Dresden, im fakultätsinternen Forschungsseminar der Universität Würzburg zum Thema „International Trade, Technological Progress and Wage Inequality in Germany“ vor.

Im Rahmen der 2nd International Conference on Business, Management and Economics (ICBME), die vom **15.– 18. Juni 2006** in Cesme (Türkei) stattfand, hielt Christian Leßmann, Doktorand in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, einen Vortrag zum Thema „Fiscal Decentralization and Regional Disparity: A Panel Data Approach for OECD Countries“.

Im Rahmen des Mittagsseminars der TU Dresden referierte am **19. Juni 2006** Beate Schirwitz, Doktorandin bei ifo Dresden, zum Thema „A Dynamic Model of Union Behaviour: The Role of Endogenous Outside Option and Bargaining Centralisation“.

Am **20. Juni 2006** hielt Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen des 1st Halle Efficiency and Productivity Work-

shop (HEPAW) in Halle einen Vortrag zum Thema „On the Efficiency of German Universities“.

Am **22. Juni 2006** hielt Heinz Schmalholz, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen der Veranstaltungen zum Lausitzer Existenzgründerwettbewerb (LEX) in Hoyerswerda zwei Seminarvorträge zu den Themen „Gründer/Gründerteam“ und „Produkte/Dienstleistungen“.

Am **13. Juli 2006** referierte Christian Leßmann, Doktorand bei ifo Dresden, im Rahmen der 13th International Panel Data Conference in Cambridge (Großbritannien) zum Thema „Fiscal Decentralization and Regional Disparity: A Panel Data Approach for OECD Countries“.

Am **20. Juli 2006** referierte Sabine Engelmann, Doktorandin bei ifo Dresden, anlässlich des Research Workshop des Bavarian Graduate Program in Economics, welcher an der Universität Regensburg stattfand, zum Thema „International Trade, Technological Progress and Wage Inequality in Germany“.

Call for Papers

ifo Workshop Makroökonomik und Konjunktur

Beschreibung:

Der zweitägige Workshop soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung in Deutschland beitragen. Willkommen sind prinzipiell Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung, Papiere mit empirischer Ausrichtung und einem Fokus auf Deutschland oder Europa. Da der Workshop auch zum Aufbau eines Netzwerkes dienen soll, ist die Teilnahme auch ohne Vortragsangebot erwünscht.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Zusendung von Diskussionspapieren oder aber in Form einer Kurzbeschreibung (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte Angebote bis spätestens zum 1. 9. 2006 per E-Mail an die folgende Adresse senden:
workshopDD@ifo.de

Konferenzsprache:

deutsch

Ort:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung,
Niederlassung Dresden

Zeit:

23./24. November 2006

Teilnahmegebühr:

keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

PD Dr. Michael Berlemann
(berlemann@ifo.de)
Dipl.-Vw. Beate Schirwitz
(schirwitz@ifo.de)